

LANDTAGS NACHRICHTEN

1. Februar

1 / 2012

www.landtag-mv.de



+++ Kontroverse Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten +++ Familien und Kinder unterstützen +++
Debatte um geplante Atomkraftwerke in Polen +++ Weniger Antibiotika in der Tiermast +++ Projekt Selbstständige
Schule evaluieren? +++ Internationale Aktivitäten des Landtages +++ Sternsinger im Landtag zu Gast +++



3	GASTKOLUMNE	„Erwin im Glück“ Kommentar von Felix Pankok (NDR) zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
4–22	AUS DEM PLENUM	
4–5	AKTUELLE STUNDE	„Familien und Kinder unterstützen – kein Kind zurücklassen“
6	BERICHTE	Weniger Antibiotika in der Tiermast
7		Kritik an Atompolitik der Republik Polen
8		Projekt „Selbstständige Schule“ evaluieren?
9	WEITERE BESCHLÜSSE	Novellierung des gemeinsamen Staatsvertrages von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zur Norddeutschen Landesbank Beamtenbesoldung angepasst Wahl für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt
10–21	ORIGINAL-DEBATTE	Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Beginn der 6. Legislaturperiode
22–23	DIE BÜRGERMEINUNG	Hebben de kein Kinnerstuw? Die Debatte zur Regierungserklärung aus Sicht eines Landtagsbesuchers
24–26	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Bilanz des Petitionsausschusses zur 5. Wahlperiode Internationale Aktivitäten des Landtages
27	SCHLOSSGESCHICHTEN	Sternsinger-Empfang im Landtag Titelfoto (Claudia Richter) Das Schweriner Schloss im Winter 2010/11

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Erwin im Glück

Es war sein Auftritt: Am Rednerpult Erwin Sellering – der Sieger. Selbstbewusst tritt er auf. Stolz ist er auf sein Wahlergebnis. Fast 36 Prozent – ein Spitzenergebnis für Sozialdemokraten. Und das in diesen Zeiten.

Und deshalb kann er bequem regieren. Muss sich nicht festlegen. Durch Dialog will er punkten. Das ist der neue Stil.

Selling hat gelernt an den Fehlern anderer Regierungschefs: In Baden-Württemberg wurde eine ganze Regierung wegen fehlender Dialogbereitschaft aus dem Amt gewählt. Großprojekte brauchen Verständnis. Aber viele politische Großprojekte gibt es in diesem Bundesland nicht mehr. Die Schulpolitik – das Handlungsfeld einer jeden Landesregierung im Föderalismus – wäre ein politisches Großprojekt. Doch hier gilt: Auf dem Weg in die Zukunft – ohne klares Ziel. Wenn schon die Zukunft der Schulpolitik noch nebulös bleibt, der Weg dahin ist abgesteckt. Reden wir darüber. Sprechen wir miteinander. Gemeinsam wird das was.

„ Offenbar wollen beide Koalitionsparteien eines nicht: Für politische Überzeugungen kämpfen, denn das stört die Harmonie in der großen Koalition! „

Nur wovon Sellering in der Schulpolitik überzeugen will, das bleibt offen. Er überlässt dieses schwierige Feld seinem Bildungsminister. Der ist jung und wird das schon richten – und wenn nicht, dann kann der erfahrene Regierungschef das Thema immer noch zur Chefsache erklären. Und genau hier zeigt sich die Schwäche des sonst so mediensicheren Kommunikators Sellering: Er sagt nicht deutlich, wohin es gehen soll. Die Richtlinienkompetenz eines Regierungschefs wird anders bewiesen.

Offenbar wollen beide Koalitionsparteien eines nicht: Für politische Überzeugungen kämpfen, denn das stört die Harmonie in der großen Koalition. Und so kämpfen die Akteure auf Gebieten, die sie nur begrenzt steuern können. Für Arbeitsplätze, für eine andere Energiepolitik.



Felix Pankok ist Redakteur und Reporter im Landesfunkhaus Schwerin in der Redaktion Politik und Recherche – Absolvent der Deutschen Journalistenschule München. Nach dem Abschluss seines Studiums der Journalistik mit den Nebenfächern Recht und Politische Wissenschaften arbeitet er seit 1992 für das NDR-Fernsehen in Schwerin.

Die Regierungserklärung ein deutliches „Weiter so!“ Die wichtigste Aufgabe sei „die Wirtschaftskraft des Landes stärken, damit es Arbeitsplätze gibt“. Wer will das eigentlich nicht? Zugegeben, der Zusatz „Arbeitsplätze, von denen man leben kann“ ist wichtig und stellt auch eine Veränderung dar zu der sozialdemokratisch geführten Regierung unter Harald Ringstorff. Und so schafft die große Koalition das, was Rot-Rot zuvor nicht anpackte. Ein Mindestlohn für öffentliche Aufträge soll kommen.

Für die Linken ist es schwierig, mit diesen Sozialdemokraten umzugehen. Das Thema geklaut und soziales Profil gezeigt – Sellering lächelt die Opposition weg. Und ganz nebenbei verzichtet er auf das Lieblingskind des früheren Arbeitsministers Helmut Holter. Der zweite und dritte Arbeitsmarkt hat keine Bedeutung für diese Regierung – volle Kraft für den ersten Arbeitsmarkt.

Einige wenige bleiben bei der Politik des Dialogs auf der Strecke. Auch Sozialdemokraten. Der Leiter der Landesvertretung in Berlin, Dr. Thomas Freund, wird zum Frühpensionär befördert. Ein alter Ringstorff-Vertrauter. Ein Kämpfer für Rot-Rot. Auf Kosten des Landes zum Nichtstun verdammt. Im politischen Schwerin sind das Themen, die eine Langzeitwirkung haben. Über die jetzt noch geredet wird. Über die besser im Vorfeld geredet worden wäre.

Der Ministerpräsident hingegen hat Spaß an seinem Auftritt. So viel Spaß, dass er am Ende verspricht, volle fünf Jahre, die ganze Legislatur, durchzuhalten. „Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in den nächsten fünf Jahren weiter gut vorankommt“, so endet seine Erklärung. Erwin Sellering im Glück.

Felix Pankok

Kontroverse Debatte um Familienpolitik

Aktuelle Stunde befasste sich auch mit Kinderarmut

Die Landesregierung sieht sich in der Familien- und Kinderpolitik auf gutem Weg. Die Opposition hingegen wirft der Koalition falsche Weichenstellungen vor. In der Aktuellen Stunde am 15. Dezember, die von der CDU nach dem Fund eines toten Babys an einem Bach in Nordwestmecklenburg beantragt worden war, ging es auch um Kinderarmut, Elternbeiträge und Bildungschancen.

Kein Kind dürfe zurückgelassen werden, betonte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert**. Es sei das Bestreben der Landesregierung, dass Familien und Müttern auch in schwierigsten Lebenssituationen Unterstützung gewährt wird. Familien und Eltern brauchen seiner Meinung nach auch Hilfestellungen, um den Alltag flexibel gestalten zu können. Er nannte familiengerechte Arbeitszeitmodelle als Beispiel. Er plädierte weiter für ein einheitliches Kindergeld, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Er verwies auf den Koalitionsvertrag, in dem unter anderem eine Senkung der Betreuungskosten in der Krippe und bei der Tagesmutter vereinbart wurde. Für den besseren Schutz der Kinder wünsche er sich eine „starke Kultur des Hinsehens“ und eine aktive Nachbarschaft, die jungen Eltern und ihren Kindern hilft.

Die Linke-Abgeordnete **Jacqueline Bernhardt** warf der CDU Scheinheiligkeit vor. Die Union habe Hartz IV mit vorangetriebenen und Mecklenburg-Vorpommern lange Zeit als Billiglohnland gepriesen. „Die Eltern brauchen Arbeitsplätze, die so bezahlt werden, dass sie davon sich und ihre Familien ernähren können“, forderte sie. Dies sei eine Grundvoraussetzung, um Kinderarmut auszuschließen und ein Leben in Menschenwürde zu garantieren. Dazu gehöre auch, sich ein Buch, einen Besuch im Theater, im Kino oder im Schwimmbad leisten zu können. Sie kritisierte die CDU, die sich geweigert habe, eine Bundesratsinitiative für einen Mindestlohn auf den Weg zu bringen. So sei es nicht verwunderlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die größte Kinderarmut herrsche.

Fotos: Ulve Balewski



Vincent Kokert (CDU)

Sozialministerin **Manuela Schwesig** listete die Veränderungen zugunsten der Familien auf. Dazu zählte sie reduzierte Elternbeiträge und kleinere Gruppen in der Kinderbetreuung sowie Fortschritte beim Kinderschutz. „Die Chancengleichheit für Kinder steht im Mittelpunkt“, sagte sie. Die Landesregierung begreife Familienpolitik als eine Querschnittsaufgabe. Dazu gehöre eine Vernetzung mit der Arbeitsmarkt- und auch mit der Bildungs- und Gesundheitspolitik. In einer kinderfreundlichen Gesellschaft dürfe niemand vor die Entscheidung gestellt werden: Kind oder Karriere. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehe bei der Landesregierung „ganz oben auf der Tagesordnung“. An die Opposition appellierte sie, gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen um gute Ideen und Wege in der Familienpolitik zu ringen.

Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte: „Wir Bündnisgrünen stehen für einen Sozialstaat, der Armut wirksam bekämpft und Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe für alle ermöglicht.“ Die Lebensentwürfe der Menschen seien heute stark individualisiert, sodass sie sich schwer vereinheitlichen ließen. Da helfe kein idealisiertes Familienbild. Sie warf der Landesregierung vor, sich zum „Reparaturbetrieb einer verfehlten Sozialpolitik der Bundesebene degradiert“ zu haben.



Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE)



Sozialministerin Manuela Schwesig

Die Kinderarmut ...

... in Mecklenburg ist nach einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit deutlich zurückgegangen. Im Land lebten im September 2011 über 46.100 Kinder von Hartz IV. Fünf Jahre vorher waren es noch 58.000. Gleichzeitig ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre in diesem Zeitraum von rund 177.000 auf etwa 187.000 gestiegen.

dieren“ zu lassen. Der Koalitionsvertrag sei zudem „weichgespült und lässt Nachhaltiges vermissen“. Sie erinnerte auch an das Schicksal von Kindern, die in der eigenen Familie Gewalt und Kälte erfahren.

Der Koalitionsvertrag enthält den Worten des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** nach „nur Luftblasen“. Darin sei „keine einzige konkrete Maßnahme benannt, womit Familien wirklich unterstützt werden sollen“. Mecklenburg-Vorpommern habe unter der SPD/CDU-Regierung die höchste Kinderarmutsquote erreicht. In Schwerin würden derzeit 40 Prozent der Kinder in Armut leben. Er sprach von „fast sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen“ und von „Ganztagsfremdbetreuung“ der Kinder. Die NPD lehne auch die Ganztagschule ab. Den Frauen in ihrer Rolle als Mütter wird seiner Meinung nach zu wenig Anerkennung zuteil. Er warf den „etablierten Parteien“ vor, sich lediglich den Interessen der Wirtschaft unterzuordnen.

„Wir wollen mit unserer Politik alle Formen der Familie erreichen“, sagte der SPD-Abgeordnete **Ralf Mucha**. Jede Familie müsse die Unterstützung bekommen, die sie auch benötigt. Nicht eine steigende Geburtenrate dürfe das vorrangige Ziel der Politik sein. Vielmehr müsse sich die Politik um bereits

geborene Kinder kümmern und Sorge dafür tragen, dass alle Kinder gesund aufwachsen und materiell abgesichert sind. Das Land unterstütze seinen Worten nach zurzeit 30 Familienzentren, Begegnungseinrichtungen, 21 Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Familienferienstätten. Seine Fraktion werde sich weiter für ein gesundes und kostenloses Mittagessen in Krippen und Kindertagesstätten sowie für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung einsetzen.

Nach Überzeugung des CDU-Abgeordneten **Torsten Renz** hat die Koalition den richtigen Weg in der Familienpolitik eingeschlagen. So sei der Schlüssel bei der Betreuung in den Kitas in der vergangenen Legislaturperiode auf 1:17 gesenkt worden. Das Ziel sei nun, dass eine Erzieherin oder ein Erzieher 15 Kinder betreut. Auch das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket zählte er zu den Bausteinen einer erfolgreichen Familienpolitik. Beispielsweise könnten Eltern Gutscheine für Schulausflüge, für Musik und Sport in Vereinen einlösen und damit ihren Sprösslingen die Teilhabe ermöglichen. Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern habe zudem in den Kommunen lokale Bündnisse für Familie initiiert. Der Opposition warf er vor, nur Forderungen zu stellen, ohne selbst etwas vorweisen zu können.



Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Ralf Mucha (SPD)



Stefan Köster (NPD)



Torsten Renz (CDU)

Fotos: Uwe Balewski

Antibiotika in der Tiermast

Abgeordnete fordern Strategie der Landesregierung zur Verringerung des Medikamenteneinsatzes

Bei der Haltung von Nutztieren sollen in Mecklenburg-Vorpommern künftig weniger Antibiotika verwendet werden. Das Parlament beauftragte am 14. Dezember die Landesregierung, eine Strategie zur Verringerung des Medikamenten-Einsatzes insbesondere in der Hähnchen- und Putenmast zu entwickeln. Die Unternehmen sollen offenlegen, welche Antibiotika in welchem Umfang aus welchem Grund verwendet werden.

In den Geflügelunternehmen im Land sind bei Stichproben im Durchschnitt mehr als zwei Antibiotika-Gaben pro Tier festgestellt worden. Dabei leben Hähnchen oder Puten im Schnitt nur 35 Tage vom Schlüpfen bis zur Schlachtung.

Bis zu sieben unterschiedliche Substanzen würden in dieser kurzen Zeit mitunter verabreicht, sagte **Katharina Feike** (SPD), die den Antrag im Namen der Regierungskoalition vor dem Parlament begründete. Sie forderte die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Änderung des Arzneimittelgesetzes starkzumachen und ein transparentes Kontroll- und Dokumentationssystem aufzubauen. Eine artgerechte Tierhaltung und hochwertige Lebensmittel seien gerade in einem Gesundheits- und Tourismusland wichtig. Nach Auffassung des Agrarexperten der Linksfraktion, **Prof. Dr. Fritz Tack**, lassen die bisherigen Stichproben noch keine Schlüsse auf eindeutige Trends zu. In der Tiermedizin müssten Vermeidungsstrategien Vorrang haben. Dazu gehörten eine veterinärmedizinische Betreuung, ein „gutes Stallklima“ und ein „effektives Stallhygiene-Management“. Die Anwendung von Antibiotika müsse auf unvermeidliche Fälle beschränkt werden. Dabei soll auch untersucht werden, ob eine hohe Anzahl von Tieren in den Ställen automatisch zu einer höheren Medikamentengabe führt. Ein Änderungsantrag der Linken wurde abgelehnt.

Seit 2006 seien keine Antibiotika-Rückstände in Geflügelschlachtfleisch aus Mecklenburg-Vorpommern gefunden worden, betonte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. Dennoch werde „eindeutig zu viel Antibiotika verabreicht“. In der Tiermast gebe es ein „massives Antibiotika-Problem“. In anderen Bundesländern hatten Studien den fast flächendeckenden Einsatz dieser Medikamente in der Hähnchenmast belegt. Der Minister forderte „umfassende Transparenz“ über die Arzneimittel, die von Pharmazie und Großhändlern an Tierärzte abgegeben werden. Er werde eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einbringen. Geflügelfleisch aus Mecklenburg-Vorpommern könne ohne Angst und mit Genuss verzehrt werden, versicherte er.

Beate Schlupp (CDU) wies darauf hin, dass die Überwachung der Geflügelunternehmen bisher komplikationslos



Foto: Jens Büttner

Bürgerprotest in Alt Tellin (Landkreis Vorpommern-Greifswald). Hier soll die größte Ferkelzuchtanlage Europas mit über 10.000 Muttersauen entstehen.

verlief. Es seien auch keine größeren Verstöße aufgedeckt worden. Dennoch begrüße ihre Fraktion die von Minister Backhaus angekündigten Maßnahmen.

Die Grünen-Abgeordnete **Dr. Ursula Karlowski** kritisierte im Namen ihrer Fraktion die Massentierhaltung insgesamt. Die Haltungsbedingungen müssten geändert werden. Sie verlangte mehr behördliche Kontrollen und repräsentative Erhebungen zum Einsatz von Antibiotika auch in der Rinder- und Schweinemast. Ein entsprechender Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde abgelehnt.

Nach Worten des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** hat der Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung auch Folgen für die Menschen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen solle aber höchstens für eine Ergebniskorrektur sorgen, er benenne aber nicht die Ursachen. Die seien im „hemmungslosen Profitstreben“ zu suchen.

Eine Studie im Auftrag des Umweltministeriums Nordrhein-Westfalen hatte ergeben, dass der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung eher die Regel als die Ausnahme ist. Zunehmende Resistenzen gegen Antibiotika in der Humanmedizin werden von Experten auch mit der Verabreichung der Medikamente in der Tiermast in Verbindung gebracht.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/170

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/195

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/196

Proteste vor dem Landtag

Zeitgleich mit der Landtagsdebatte zum Antibiotika-Einsatz in der Tiermast protestierten Tierschützer und Umweltaktivisten vor dem Schweriner Schloss für eine artgerechte Tierhaltung und gegen den Bau weiterer industrieller Tiermastanlagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Polnische Atompläne kritisiert

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN scheitern mit Antrag

Während Deutschland nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima den Atomausstieg beschlossen hat, plant Polen neue Kernkraftwerke. Der vorgesehene Bau von Atommeilern in Grenznähe ruft auch in Mecklenburg-Vorpommern Sorgen hervor. Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich das Parlament am 15. Dezember mit dem Thema befasst.

Die Nutzung regenerativer Energien sei die bessere Alternative, sagte **Johann-Georg Jäger**, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die polnische Regierung solle beim Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden. Die Landesregierung müsse auf Fehler im laufenden Verfahren zum polnischen Atomenergieprogramm hinweisen. Zudem solle ein Beschwerdeverfahren bei der EU-Kommission angestrebt werden, forderte Jäger im Namen seiner Fraktion.

Polen hat auch nach Ansicht der Landesregierung Alternativen zur Kernenergie-Nutzung nur unzureichend geprüft. Die zuständigen Behörden in Mecklenburg-Vorpommern haben sich Innenminister **Lorenz Caffier** zufolge wochenlang in die Planungsunterlagen vertieft. Diese wiesen „inhaltliche Nachlässigkeiten und Verharmlosungen“ auf, betonte der Minister. Das Kabinett werde noch im Dezember eine offizielle Stellungnahme Mecklenburg-Vorpommerns zu den Atomplänen abgeben. Caffier betonte, dass die polnische Regierung den Einstieg in die Atomkraft-Nutzung noch nicht endgültig beschlossen habe.

Auf die geplante Stellungnahme der Landesregierung verwies auch der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert**. Diese werde seine Fraktion abwarten und deshalb dem Antrag der Grünen nicht zustimmen. Mecklenburg-Vorpommern müsse seine kritische Haltung zum polnischen Atomprogramm verdeutlichen, betonte er. Es sei geplant, Vertreter der polnischen Botschaft einzuladen, mit ihnen in einen Dialog zu treten und Alternativen aufzuzeigen. Mecklenburg-Vorpommern sei schließlich Vorreiter auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien.

Ihre Fraktion sei genauso beunruhigt über die polnischen Pläne wie die der Grünen, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Die Risikobewertung der polnischen Nachbarn enthalte ernsthafte Mängel, ebenso deren Einschätzung der Auswirkungen auf die Umwelt. Jetzt gebe es neue Standortvorschläge auf polnischer Seite. „So völlig fest scheint also doch nicht alles zu sein“, sagte die Abgeordnete. Es dürfe nicht verkannt werden, dass Polen ernste Probleme bei der Energieversorgung habe. Die Ausgrenzung des Landes aus der „westeuropäischen Erdgasstrategie mit Russland“ war ihrer Meinung nach ein „großer Fehler“. Ein EU-Beschwerdeverfahren halte ihre Fraktion aber nur für die allerletzte



Foto: Jens Büttner

Mecklenburg-Vorpommern will bei der polnischen Regierung für erneuerbare Energien als Alternative zur Atomkraft werben.

Möglichkeit, wenn alle anderen Wege in eine Sackgasse geführt haben. Ein entsprechender Änderungsantrag der Linken wurde mehrheitlich abgelehnt.

„Es hätte Ihres Antrages nicht mehr bedurft“, sagte der CDU-Abgeordnete **Jürgen Seidel** in Richtung der Grünen. Die Landesregierung sei bereits aktiv – so wie es auch im Energieausschuss beschlossen wurde. Der Ausschuss ist seiner Meinung nach der richtige Ort, um sich mit dem Thema zu beschäftigen. Er warnte davor, dem Nachbarn Vorwürfe zu machen. Das Interesse an einer intensiven Zusammenarbeit und einem Dialog müsse im Vordergrund stehen.

Nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Tino Müller** würde sich die polnische Regierung „einen Dreck“ um die Forderungen der Grünen scheren. „Mit Ihrem Antrag erreichen Sie gar nichts“, prophezeite er. Er forderte die Bundesrepublik auf, die Transferleistungen an die EU einzustellen, damit Polen keine „deutschen Steuergelder mehr über den Umweg aus Brüssel“ bekomme.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern müsse sich in der Frage der polnischen Atompläne unabhängig von der Stellungnahme des Kabinetts positionieren, begründete Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** den Antrag. „Die Atomenergie ist auch jenseits der deutschen Grenzen ein Thema für uns“, sagte er. Genauso sei die Nutzung regenerativer Energien „mit all ihren Chancen ein grenzübergreifendes Thema“. Dieses Thema müsse auch konkreter Bestandteil der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland sein.

Der Antrag fand die Zustimmung der Fraktionen von Grünen und Linken, wurde aber durch die Mehrheit aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/175

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/206

Hintergrund

Auf der Kabinettsitzung am 20. Dezember 2011 appellierte die Landesregierung an die polnische Regierung, ihre Pläne für den Bau von Atomkraftwerken zu überdenken und gänzlich auf das Vorhaben zu verzichten. In der Stellungnahme zum Entwurf des polnischen Kernenergieprogramms äußert die Landesregierung erhebliche Bedenken. So seien die Gefahren, die durch Hochwasser für Atomanlagen entstehen können, nicht richtig berücksichtigt. Bislang sind 28 Standorte für Kernkraftwerke im Gespräch, acht davon in grenznahen Lagen zu Deutschland.

Selbstständige Schule

Linke-Antrag zur Überprüfung des Konzeptes abgelehnt

Nach Auffassung der Linken im Landtag muss das Konzept der Selbstständigen Schule umfassend überprüft werden. Die 2009 beschlossene Reform habe zu mehr Bürokratie geführt, sagte die Linke-Abgeordnete Simone Oldenburg am 16. Dezember im Landtag. Die angestrebten Verbesserungen für Schüler und Lehrer seien zum Großteil ausgeblieben. Fehlzündungen habe es bereits beim Start gegeben. „Reparaturen“ seien dann zulasten der Kinder und Lehrkräfte vorgenommen worden.

„Das System der Selbstständigen Schule muss ein lernendes System sein. Es muss sich an den Erfordernissen der Praxis orientieren, muss für notwendige Veränderungen offen sein, wenn Schule funktionieren soll“, betonte die Linke-Abgeordnete und ehemalige Schulleiterin **Simone Oldenburg**. Ein Antrag ihrer Fraktion zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die vor allem die schulische Praxis im Land und die Finanzausstattung der Schulen überprüfen sollte, fand keine Mehrheit.

Dem Anliegen, die schulischen Bedingungen zu verbessern, könne sich niemand entziehen, sagte Bildungsminister **Mathias Brodtkorb**. Der Antrag der Linken zielt nicht nur auf die Selbstständige Schule ab. „Unsere Schulen werden evaluiert“, betonte er. So würden die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte ohnehin überprüft. Zudem seien bereits bewährte Prüfmechanismen wie Vergleichsarbeiten für Schuljahrgänge vorhanden. Die beiden schon bestehenden Arbeitsgruppen zur Zukunft des Lehrberufs im Land und zur sogenannten Inklusion würden sich mit der Weiterentwicklung der Selbstständigen Schule befassen. Eine weitere Arbeitsgruppe zur Evaluation hält er nicht für notwendig. Er äußerte auch Zweifel, ob die Forderungen von Schulleitern nach selbstverwalteten Finanzbudgets und völliger Personalhoheit von den Lehrgewerkschaften akzeptiert werden.

Nach Ansicht des SPD-Abgeordneten **Andreas Butzki**, ebenfalls bis zur Wahl in den Landtag als Schulleiter tätig, hat sich das Modellvorhaben Selbstständige Schule bewährt. Dies sei von 2004 bis 2007 an zwanzig Schulen des

Landes durchgeführt worden, denen allerdings besondere Rahmenbedingungen gewährt wurden. „Nach einer sehr gründlichen Auswertung dieses Projektes wurde festgestellt, dass es sich lohnt, dieses Modellvorhaben auf alle Schulen unseres Landes zu übertragen“, betonte er. Die generelle Einführung dieses Konzeptes mit der Schulgesetz-Novelle vom Februar 2009 sei richtig gewesen.

Es sei notwendig, den Schulen mehr Selbstständigkeit zu geben, betonte auch **Ulrike Berger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Aber ihre Fraktion halte ebenso wie die Linke eine Überprüfung, ob Ziel und Realität übereinstimmen, für wichtig. Eine externe Evaluation, die auch die Rahmenbedingungen untersucht, sei durchaus sinnvoll. So könnten wichtige Fragen beantwortet werden. „Sind die verfügbaren Mittel ausreichend? Ist das Personal ausreichend? Ist das Personal hinreichend für die neuen Aufgaben geschult? Sind die Schulen mit genügend Anrechnungsstunden ausgestattet, die sie für zusätzliche Aufgaben benötigen?“, nannte sie als Beispiele.

Jetzt gehe es um die Weiterführung des Konzepts der Selbstständigen Schule, sagte **Torsten Renz** (CDU). Er verwies auf Untersuchungen: „73 Prozent der Schulleiter sehen die Selbstständige Schule positiv, über 70 Prozent der Schulleiter fühlen sich gut auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet.“ Zum „Gesamtpaket“ Schule gehören seiner Meinung nach aber auch Bausteine wie Inklusion und Attraktivität des Lehrberufs. Die Koalition sei auf dem richtigen Weg. Er forderte die Opposition zu parteiübergreifender Zusammenarbeit im Bereich Bildung auf.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** forderte, mehr auf die Eltern zu hören. Diese seien skeptisch gegenüber der Inklusion. „Die Eltern wollen keinen gemeinsamen Unterricht von stark behinderten Kindern mit nicht behinderten Kindern ... weil ganz einfach die Überforderung des Lehrpersonals bei so einer schwierigen Aufgabenstellung ganz, ganz deutlich zutage tritt“, sagte er. Neben dem „Recht auf Chancengleichheit für Behinderte“ gebe es auch „das Recht der ganz Normalen und Gesunden und Leistungsfähigen, das Maximale und das Optimale geboten zu bekommen“, sagte er.

Der Antrag der Linken wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt. Ebenso die Forderung, den Antrag im Bildungsausschuss zu beraten. Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten zu.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/160

Selbstständige Schule

Mit der Novellierung des Schulgesetzes vom 13. Februar 2009 wurden die Voraussetzungen für die Einführung der „Selbstständigen Schule“ in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen. Die Schulen erhalten im Rahmen staatlicher Vorgaben mehr Freiräume bei der Gestaltung des Schulprogramms und der inneren Organisation sowie mehr Verantwortung bei Personal und Budget. Von 2004 bis 2007 hatten bereits zwanzig Schulen die „Selbstständige Schule“ im Rahmen eines Modellprojekts erprobt. Seit dem Schuljahr 2009/2010 arbeiten alle Schulen nach den Prinzipien der „Selbstständigen Schule“.



Foto: Jens Büttner

Weitere Beschlüsse des Landtages

Eigenkapital der Nord/LB stärken

Der Landtag stimmte einer Novellierung des gemeinsamen Staatsvertrages der Länder Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale (Nord/LB) zu. Der Gesetzentwurf war nach Erster Lesung im Landtag am 16. November zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen worden. Dieser hatte dem Landtag die unveränderte Annahme empfohlen. Die Eigenkapitaldecke der Nord/LB soll gestärkt werden. Unter anderem will das Land Niedersachsen eine Aufstockung des Stammkapitals in Höhe von 600 Millionen Euro vornehmen. Neuregelungen gibt es auch in Bezug auf die Wandlung stiller Einlagen. Voraussetzung für eine Änderung der Kapitalverhältnisse ist eine Novelle des Staatsvertrages. Dem müssen alle drei Vertragspartner zustimmen. Mecklenburg-Vorpommern entstehen keine Kosten durch die Neuregelungen.

Drucksachen 6/30 und 6/185

Beamtenbesoldung angepasst

Mit einigen Monaten Verzögerung profitieren nun auch die Beamten und Richter des Landes von der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst. Für die Angestellten waren bereits im März 2011 Lohnsteigerungen vereinbart worden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung zur Anpassung der Beamtenbesoldung hatte der Landtag nach Erster Lesung am 16. November zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen. Dieser hat bis auf kleine Änderungen die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen. Neben einer Einmalzahlung von 360 Euro werden die Beamtenbezüge rückwirkend zum 1. April 2011 um 1,5 Prozent und um weitere 1,9 Prozent zum 1. Januar 2012 angehoben. Die Anpassung der Bezüge gilt auch für Pensionäre – jedoch ohne die Einmalzahlung.

Drucksachen 6/70 und 6/186



Foto: Jens Büttner

Gedenken

In seiner Plenarsitzung am 14. Dezember gedachte der Landtag der Opfer des rechtsextremistischen Terrors. Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, sagte zu Beginn der Sitzung:

„In unserer Sitzung am 17. November haben wir uns auf Antrag aller demokratischen Fraktionen mit der grausamen Serie von Morden und Anschlägen einer neonazistischen Verbrecherbande befasst. Wir empfinden Trauer und Bestürzung, wir spüren Fassungslosigkeit und Scham angesichts dieser kaltblütigen Verbrechen und der Details, die wir dazu seither erfahren. Unser tiefes Mitgefühl, unsere Anteilnahme gilt den Opfern und ihren Angehörigen, ihren Schicksalen und ihrem Leid. Die Kinder, die Eltern, die Geschwister, die Witwen der Mordopfer und die Verletzten der Bombenattentate sollen

sich unserer Solidarität gewiss sein. Dies ist für alle Demokraten die Zeit, in ganz besonderem Maße zusammenzustehen und uns gegen Extremismus und Gewalt, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land zu stemmen und damit die Grundwerte unserer Landesverfassung zu verteidigen. Wir stehen in der Pflicht, mit allen Mitteln, die uns der demokratische Rechtsstaat an die Hand gibt, gegen den geistigen Nährboden zu kämpfen, der zu solchen Gewalttaten führt. Das sind wir uns und unserer Gesellschaft, das sind wir aber vor allem den Opfern und den Familien der Opfer schuldig.“ Die Abgeordneten und alle weiteren Anwesenden erhoben sich zum Gedenken an die Mordopfer und zum Ausdruck ihrer Anteilnahme für die Angehörigen und für die Verletzten der Bombenattentate von ihren Plätzen.

Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt

Ministerpräsident hält Regierungserklärung vor dem Parlament

Ministerpräsident Erwin Sellering hat zu Beginn der neuen Wahlperiode traditionsgemäß eine Regierungserklärung vor dem Parlament abgegeben. Das Wirtschaftswachstum voranbringen, den sozialen Zusammenhalt stärken und eine solide Finanzpolitik betreiben – das nannte er als wichtigste Ziele der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren. Die Opposition zeigte sich enttäuscht von der 45-minütigen Rede. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft werden alle gebraucht“

Foto: Uwe Bajewski



„[...] Meine Damen und Herren, die Landesregierung aus SPD und CDU hat für die kommenden fünf Jahre einen klaren Anspruch: Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern gut und verlässlich regieren und wir wollen dafür sorgen, dass unser Land weiter vorankommt auf seinem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft.

Mecklenburg-Vorpommern wird, wie die anderen ostdeutschen Länder auch, nur noch bis Ende dieses Jahrzehnts eine besondere Unterstützung erhalten, und danach müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Diese nächsten fünf Jahre, davon bin ich überzeugt, diese nächsten fünf Jahre entscheiden darüber, ob wir dieses Ziel erreichen. Ich sage Ihnen zu, wir werden alles dafür tun. [...]

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich weiter voranbringen, damit Arbeitsplätze entstehen, Arbeitsplätze gesichert werden, und zwar Arbeitsplätze, von denen man auch leben kann. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt im Land stärken, und wir wollen weiter eine solide Finanzpolitik, auch aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Das ist unser Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft. [...]

Der wichtigste Arbeitsschwerpunkt bleibt nach wie vor, die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken, damit es Arbeitsplätze gibt, und zwar Arbeitsplätze, von denen man leben kann [...]

Wenn die Wirtschaft wächst, dann müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren. Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Festlegung von Löhnen ist in Deutschland nicht Aufgabe von Regierungen und Parlamenten, sondern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Tarifpartner haben unsere volle Unterstützung. Mehr noch: Wir wollen die Tarifautonomie stärken. Und deshalb werden wir nicht nur das Bündnis für Arbeit, sondern auch die dort begründete Tarifpartnerschaft fortsetzen. Gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften werben wir dafür, dass möglichst viele Branchen und möglichst viele Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern Tariflohn zahlen.

Und, meine Damen und Herren, es muss natürlich eine klare Untergrenze geben [...], Wer Vollzeit arbeitet, der muss davon auch leben können.

Die beste Lösung ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro als Untergrenze in Ost und in West. Die Regierungspartner haben vereinbart, dass wir im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, die auf die Einführung eines in Ost und West gleichen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns gerichtet sind. Das ist ein ganz wichtiges gemeinsames Ziel für uns, meine Damen und Herren.

Das reicht aber nicht aus. Deshalb haben wir vereinbart, dass künftig bei allen Aufträgen in Landeshoheit mindestens 8,50 Euro gezahlt werden und dort, wo kommunale Investitionen mit Geldern der EU, des Bundes oder des Landes gefördert werden. Bei der Wirtschaftsförderung soll Ähnliches gelten. Wir sehen darin nicht nur einen Beitrag zum Mindestlohn, sondern es geht darum, bei den Löhnen insgesamt eine Spirale nach oben in Bewegung zu setzen [...]

„ Es geht darum, bei den Löhnen insgesamt eine Spirale nach oben in Bewegung zu setzen. „

Die zweite große Aufgabe besteht darin, das Land auf den demografischen Wandel einzustellen. Dabei geht es vor allem darum, in den Bereichen des ländlichen Raumes, in denen die Bevölkerungszahl zum Teil dramatisch zurückgeht, dennoch alle notwendigen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzubieten. Dazu werden wir zum Beispiel neue Formen der medizinischen Versorgung oder des öffentlichen Nahverkehrs entwickeln müssen. Das muss vor Ort geschehen und die Landesregierung wird helfen [...].

Sich auf die demografische Entwicklung einzustellen, bedeutet aber auch, dass wir in unseren städtischen und wirtschaftlichen Zentren, in denen wir hochleistungsfähig erfolgreich im Wettbewerb stehen und die deshalb sogar Zuzüge haben und Bevölkerungszuwachs, eine eher offensive Demografiepolitik betreiben. Das bedeutet, dass wir aktiv alles dafür tun, um in Zukunft noch in dem viel schärfer werdenden Wettbewerb um Fachkräfte, um kluge Köpfe und um Macher bestehen zu können. [...]

Die dritte große Aufgabe, meine Damen und Herren, ist die Energiewende. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben in diesem Jahr eine historische Entscheidung getroffen. Deutschland steigt in den nächsten zehn Jahren endgültig aus der Atomkraft aus. Zugleich soll der Ausbau der erneuerbaren Energien energisch vorangetrieben werden. Ich sage dazu: Mecklenburg-Vorpommern will und kann einen wichtigen Beitrag zu dieser Energiewende leisten. Das werden wir tun.

Unser Land produziert schon heute rund die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien, und im Land sind Tausende von Arbeitsplätzen in diesem Bereich entstanden. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpom-

mern seinen Strombedarf möglichst bald vollständig aus erneuerbaren Energien deckt und dann darüber hinaus zum Stromexporteur wird. Und wir wollen natürlich, dass dabei weitere Arbeitsplätze entstehen. [...]

Der vierte Schwerpunkt: Wir wollen ein sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, in dem Junge und Alte, Männer und Frauen gleiche und gute Chancen haben. Dabei geht es um gleiche und gute Chancen von Anfang an. [...]

Wir werden im Sommer 2012 die Gebühren für einen Krippenplatz um 100 Euro und bei Tagesmüttern um 40 Euro absenken. Bisher ist es so, dass die Elternbeiträge für die Krippe etwa doppelt so hoch sind wie für den Kindergarten und damit kaum bezahlbar. Das ändern wir mit dieser Absenkung. Ich meine, junge Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie nach der Elternzeit wieder beide in den Beruf einsteigen. Wir werden außerdem die Gruppen im Kindergarten weiter verkleinern. Die Fachkraft-Kind-Relation wird im Sommer 2013 auf 1:16 und im Sommer 2015 auf 1:15 abgesenkt. Das bedeutet, dass Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Auch das ist eine Steigerung der Qualität in den Kitas.

Schließlich werden wir das kostenlose Mittagessen ausweiten. Eingeführt ist es bisher für Kinder von Empfängern von Arbeitslosengeld II. Demnächst werden auch diejenigen, die Arbeit haben, aber wenig verdienen, von diesem Angebot profitieren. Unser Ziel ist ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder, und daran werden wir in den nächsten Jahren weiter arbeiten, meine Damen und Herren. Kinderbetreuung, gute Kinderbetreuung ist auch deshalb wichtig, damit Eltern Familie und Beruf gut miteinander verbinden können. [...]

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die älteren Menschen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Das beginnt mit dem Respekt vor ihren Lebensleistungen. Die heute 65-Jährigen, 70-Jährigen sind in der Nachkriegszeit aufgewachsen, haben mit großem Einsatz etwas aufgebaut. Nach der Wende haben viele ihre Arbeit verloren, fast alle mussten sich umorientieren. Man kann sagen, die meisten haben das auf bewundernswerte Weise geschafft. All diese Leistungen verdienen Respekt und Anerkennung.



Foto: Uwe Baleski

Schüler des Goethegymnasiums Ludwigslust verfolgten die Debatte zur Regierungserklärung auf der Besuchertribüne des Plenarsaals.

Aber natürlich geht es auch um ganz konkrete Unterstützung. Es kann nicht sein, dass es über 20 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch eine unterschiedliche Rente in Ost und in West gibt. Die Rentenangleichung ist sicherlich eine schwierige Frage, weil weder die heutige Rentnergeneration benachteiligt werden darf noch die heutigen Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Aber wir müssen endlich zu einer Lösung kommen. Dafür wird sich die Landesregierung weiter auf Bundesebene einsetzen. [...]

Meine Damen und Herren, **ein weiterer Schwerpunkt** sind die Schulen im Land. Hier stehen für uns zwei Aufgaben im Vordergrund: bessere Organisation und mehr Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern [...]

Wir haben im Schulbereich in der nächsten Legislatur wirklich viele wichtige und schwierige Aufgaben zu lösen: die Umsetzung der Selbstständigen Schule, der Ausbau von Ganztagschulen, Inklusion. Die Stärkung des Lehrerberufes ist ganz wichtig, die Sicherung des Lehrerberufs, die Steigerung des Anteils an Abiturienten und die Absenkung der Zahl der Schulabbrecher. Um in diesen wichtigen Fragen zu guten und vor allem zu breit akzeptierten und breit getragenen Lösungen zu kommen, müssen wir Lehrer und Eltern beteiligen. Wir müssen ihnen die Gelegenheit geben, ihre Ideen, ihre Überlegungen mit einzubringen und beizusteuern. Das muss aber ein wirklicher, ein offener Dialog sein und dazu passt es selbstverständlich nicht, die Ergebnisse schon vorwegzunehmen. [...]

Zum sechsten Schwerpunkt. Die Landesregierung wird am Kurs der soliden Finanzpolitik festhalten. Mecklenburg-Vorpommern betreibt schon seit Ende der 90er-Jahre eine sehr solide Finanzpolitik. Und das zahlt sich heute aus. Das Land hat in den letzten fünf Jahren keinen Euro neue Schulden aufgenommen. Wir sind eines von nur drei Bundesländern, die das geschafft haben. Darauf können wir stolz sein. [...]

Meine Damen und Herren, auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft werden alle gebraucht. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben seit der Gründung unseres Landes wirklich sehr viel geschafft. Wir können stolz auf das Erreichte sein. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in den nächsten fünf Jahren weiter gut vorankommt. – Vielen Dank.“

Foto: lens Büttner



Die SPD/CDU-Koalition will einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro in Ost und in West.

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Sie verwalten, statt zu gestalten“



Foto: Uwe Bailewski

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Sie haben viel und lange geredet, wenig gesagt und wenig versprochen. Ihre Rede wird den Anforderungen an eine Regierungserklärung, die Lösung für die zentralen politischen Herausforderungen des Landes aufzuzeigen, nicht gerecht. Ihre Rede wurde live im Fernsehen übertragen. Ein Landwirt, kann ich mir vorstellen, unterbricht sein Tagwerk und schaut sich diese Übertragung an. Nach Ihrer Rede wird er sich fragen: Was wollte der Herr Ministerpräsident mir eigentlich sagen? Jo, denkt er sich, alles bleibt beim Alten, weiter so, nichts ändert sich. Und über mich, den Bauern, hat er gleich gar nichts gesagt [...]. Ihre Botschaft, Herr Sellering, kann ich wie folgt zusammenfassen: Sie verwalten, statt zu gestalten. [...]

Wir wollen ein selbstständiges Land, ein weltoffenes, tolerantes Land – ohne Nazis, Herr Pastors –, welches die Menschen im Land und von außen einlädt, die eigene Zukunft mitzugestalten. Die Menschen sollen ein existenzsicherndes Einkommen haben, jede und jeder soll gleichberechtigt Zugang zu allen Informations-, Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie kulturellen Angeboten haben. Die Menschen sollen in der Region, in der sie zu Hause sind, das Recht haben, mitzureden und mitzuentcheiden. Wir stellen die Lebensqualität der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Aber was wollen SPD und CDU wie erreichen? Davon habe ich nichts gehört. [...]

Ich will das am Beispiel der demografischen Entwicklung einmal darstellen. Diese ist, das ist uns allen bekannt, seit langem ein Problem in ganz Deutschland. Und in Mecklenburg-Vorpommern spüren wir die Auswirkungen seit vielen Jahren in besonderem Maße. Aber wo ist Ihr Regierungsprogramm? Ihr Demografiebericht aus dem Frühjahr ist doch mehr eine Zustandsbeschreibung als ein Strategieprogramm. [...]

Ja, Sie sehen einen wichtigen Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Mecklenburg-Vorpommern. Vollkommen richtig, das hat ja auch unsere Unterstützung, [...] Aber Bildung endet doch nicht nach dem

Kindergarten. Was passiert in den Schulen? Was passiert in den Hochschulen? Was ist an den Berufsschulen los oder auch an den Volkshochschulen? Nur nebulöse Formulierungen. [...]

Der Ministerpräsident und offenbar auch sein neuer Bildungsminister nehmen es einfach hin, dass die Schulen chronisch unterfinanziert sind – auch übrigens Vorgaben gemacht werden für die Selbstständige Schule –, dass es einen immensen Bürokratieaufwand gibt, der die pädagogischen Aufgaben überlagert [...]

Oder, Herr Nieszery, muss Frau Schwesig auch noch Bildungsministerin werden, damit da endlich mehr Geld lockergemacht wird für die Schule? [...]

Apropos Frau Schwesig, die ja nun auch für die Arbeitsmarktpolitik zuständig ist: Wie sieht es denn damit aus? [...] Im Wahlkampf hat die SPD das Problem der Langzeitarbeitslosen erkannt und zu Recht festgestellt, dass viele keine realistischen Chancen haben, in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Vollmundig wurde versprochen, wir brauchen für diese Menschen einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Wo ist der soziale Arbeitsmarkt? [...]

Sie zeigen auf Berlin, auf die Regierung dort. Sie beruhigen so Ihr Gewissen und Sie wissen ganz genau, dass Schwarz-Gelb in Berlin in Größenordnungen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose zusammengestrichen hat. [...]

// Sie haben viel und lange geredet, wenig gesagt und wenig versprochen. //

Ein Paukenschlag wurde im Wahlkampf immer ganz groß angekündigt in Sachen Frauenförderung. Dass das jetzt eine Knallerbse geworden ist, ist ja, wie wir wissen, hinreichend bekannt. Und gerade dieses wichtige Vorhaben, von uns aus das richtige Vorhaben, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, ging nun wirklich nach hinten los. Als erste Maßnahme wurde das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung völlig überraschend abgeschafft. Der Ministerpräsident gibt die Verantwortung dafür ab. Ein riesengroßer Rückschritt! [...]

Meine Damen und Herren, in Sachen Mindestlohn gibt es Bewegung. Die CDU gibt ihren Widerstand zumindest bei öffentlichen Aufträgen auf, sicherlich Zähne knirschend, denn so richtig überzeugt ist sie wahrscheinlich noch nicht. Aber was tut man nicht alles für den Machterhalt?! [...]

Aber ansonsten, meine Damen und Herren, wenn ich mich der Wirtschaftspolitik zuwenden darf, sieht es ziemlich mau aus. Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung werden die Werften am Rande gestreift. Gesundheit, Wirtschaft und Tourismus werden angesprochen. Aber wo ist denn der ganzheitliche Entwurf für Innovation und wissensbasierte Arbeitsplätze – Herr Seidel hat immer sehr gerne darüber gesprochen. Wie wollen Sie die Förderrichtlinien neu ausrichten? [...]

Einigkeit gibt es bei dem Thema erneuerbare Energien. [...] Sie sagen, Sie wollen das Konzept „Energiland 2020“ und den Aktionsplan Klimaschutz fortschreiben. Wir werden genau prüfen, was Sie dort tun, wie weit Sie dort kommen. Ganz klar ist, die Zeit der Ankündigung muss vorbei sein. Lassen Sie uns Taten sehen.

Apropos Taten, da komme ich zu einem anderen Punkt, das sind die Demokratie und die Justiz [...] Fehlanzeige. Auf Initiativen von Frau Kuder, der Justizministerin, brauchen wir jedenfalls nicht zu warten. Sie schließt vielmehr die Hälfte der Amtsgerichte. [...]

Herr Ministerpräsident, Ihr klares Bekenntnis für Demokratie und Toleranz findet unsere volle Unterstützung. Da gibt es auch kein Vertun. Das haben wir in den letzten fünf Jahren hier bewiesen, das wird auch in Zukunft so sein. [...] Dafür müssen zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt werden, antifaschistische und demokratische Initiativen dauerhaft unterstützt werden. Eine aktive und auf die Stärkung dieser Initiativen und Strukturen orientierte Beschäftigungspolitik gehört in jedem Fall dazu.

Und, liebe Koalitionäre, aus unserer Sicht gehören zur Stärkung von Demokratie und Toleranz auch der Erhalt und die Stärkung unserer vielfältigen Kulturlandschaft, auch unserer Theater und Orchester. Dafür braucht es zunächst den politischen Willen. [...]

Wir stehen und standen für einen ausgeglichenen Haushalt, aber eins unterscheidet uns: Wir wollen heute investieren, um heute die Herausforderungen der Zukunft anzupacken, um im Übrigen auch die Einnahmen von morgen zu sichern. Das ist auch eine Verantwortung für die zukünftige Generation. Wir wollen die Kommunen stärken. Ja, wir müssen mehr tun für unsere Kinder, nicht nur in der Kita – in der Schule, in der Ausbildung und auch in der Freizeit. Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ist heute schon nicht mehr zeitgemäß. Das wissen Sie genauso wie die Gewerkschaften. Zehn Euro, das ist unsere Auffassung, müssen die Untergrenze für Tarifverhandlungen sein. [...]

Ich fordere Sie, ich fordere den Ministerpräsidenten, ich fordere die Koalition auf: Tun Sie heute das Richtige und Notwendige für die Menschen und ihre Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke Ihnen.“



Foto: Jens Büttner

Eine Volksinitiative fordert mehr Geld für die Theater und Orchester im Land.

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Treten Sie mit uns in einen Wettstreit der Ideen und Argumente“

Foto: Ulwe Balewski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...] Es tut mir außerordentlich leid, dass ich das so deutlich sagen muss, Herr Holter, aber ich habe selten eine politisch so schwache Rede des Oppositionsführers zu einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Ihre Ausführungen, Herr Holter, standen unter einem einzigen wehleidigen Motto, das da lauten könnte: ‚Hört, ihr Leute, wie beleidigt und wie wütend wir sind, dass wir nicht mitregieren dürfen.‘ [...]

Das, meine Damen und Herren von den Linken, wird Ihnen als politisches Gegenkonzept niemals reichen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Hellseher.)

[...] Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Holter, hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, wir haben uns viel vorgenommen, um dieses Land noch weiter nach vorne zu bringen, und das werden wir auch tun. [...] Unsere Ziele zum Wohle des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger sind klar und konkret formuliert, ausgewogen und fair und nicht zuletzt realistisch, Herr Holter, weil finanzierbar. An diesen ambitionierten Zielen wollen wir uns gerne messen lassen, auch von Ihnen, Herr Holter. [...] Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, mit Verlässlichkeit, Zuversicht und optimistischen Schwerpunktsetzungen die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Der neue Koalitionsvertrag setzt die richtigen Rahmenbedingungen dafür. [...]

Meine Damen und Herren, wir sind uns darüber im Klaren, dass finanzpolitisch harte Zeiten auf uns zukommen, nicht nur wegen der absehbaren Mindereinnahmen, sondern auch wegen der Finanzmarktkrise. Deren Ausmaß können wir derzeit noch gar nicht abschätzen. Trotzdem können und müssen wir uns so weit wie möglich darauf einstellen. Der Koalitionsvertrag tut dies. Und das, meine Damen und Herren, hat zur Folge, dass wir nicht alles, was wünschenswert ist, auch realisieren können. Dennoch erschöpft sich

die politische Gestaltung der Koalition nicht nur im Sparen, wie uns DIE LINKE mangels besserer Argumentation gerne vorwirft. Unsere umsichtige Haushaltspolitik ist vielmehr untrennbar verknüpft mit einer klugen Strukturpolitik, [...] mit der wir die richtigen Weichen stellen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu verbessern.

Insofern, meine Damen und Herren, freue ich mich sehr, dass es gelungen ist, die neue Energiepolitik so herausgehoben im Koalitionsvertrag zu verankern. Wir werden die Zuständigkeiten bündeln, die Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien optimieren und so die Voraussetzungen dafür schaffen, dass viele Tausend zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Land entstehen. Mit der neuen Energiepolitik schaffen wir außerdem nachhaltige und solide Wertschöpfung, die einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass unser Land bald auf eigenen Füßen stehen kann. [...]

Das Konzept für diese Zukunftsstrategie hat die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen drei Jahren entwickelt, gemeinsam mit vielen Fachleuten aus der Wissenschaft, der Praxis und den Kommunen – und im Übrigen, meine Damen und Herren, lange bevor die Grünen das Energiethema als wirtschaftspolitisches Thema entdeckt haben.

Ökologie und Klimaschutz sind zweifellos wichtige Themen. Aber was unser Land in erster Linie braucht, das sind innovative Unternehmen und gut bezahlte Arbeitsplätze für die Menschen hier.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Uns ist klar, dass dieser Weg nicht einfach sein wird, auch wenn das Ziel, die Energiewende, sehr viele Menschen teilen. Wie immer bei Veränderungsprozessen gibt es Unsicherheiten, Ängste und bisweilen reale Beeinträchtigungen. Diese Bedenken werden wir ernst nehmen, deshalb werden wir die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in den Veränderungsprozess einbeziehen. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie sich einbringen können, werden sie sich mit einem Projekt identifizieren. Nur wenn sie ein Vorhaben als Baustein für eine bessere Zukunft begreifen, lassen sich auftretende Schwierigkeiten besser und gemeinsam lösen. Unsere Handlungsmaxime lautet daher: Regieren im Dialog. [...]

„ Die politische Gestaltung
der Koalition erschöpft sich nicht
im Sparen. “

Ein weiteres Zukunftsthema, meine Damen und Herren, das die Koalition aus SPD und CDU bereits in der vergangenen Legislaturperiode in Angriff genommen hat, ist die frühkindliche Bildung, Herr Holter. Unter großer Kraftanstrengung sichten wir den Haushalt so um, dass jährlich [...] mehr als 40 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen für die Absenkung des Betreuungsschlüssels, für die Beitragsredu-

zierung in der Krippe und für ein kostenloses Mittagessen in der Krippe und in den Kindertagesstätten. [...]

Wenn ich mir nun die Ausführungen der Opposition zum Programm der Regierung anschau, meine Damen und Herren, dann bin ich einigermaßen fassungslos. Heute wäre doch Ihre Stunde gewesen, Herr Holter, um mit eigenen Vorschlägen zu glänzen oder zumindest um fundierte Kritik zu üben. Aber nichts dergleichen. Das Einzige, was Sie bislang zustande gebracht haben, ist, Sie schüren Politikverdrossenheit, indem Sie populistische Vorurteile bedienen. Sie fordern unrealistische Zeitpläne zur Umsetzung unserer Vorhaben und reiten persönliche [...] Attacken gegen Minister und Abgeordnete der Regierungsfractionen.

Das, meine Damen und Herren, erinnert mich an eine alte Fußballerweisheit, die da lautet: Wenn wir hier schon nicht gewinnen können, dann treten wir Ihnen jedenfalls ordentlich in die Knochen. Ich hoffe, Sie merken recht schnell, dass diese Strategie gar nichts bringt. Sie werden auf diese Weise der wichtigen und verantwortungsvollen Rolle einer demokratischen Opposition nicht mal ansatzweise gerecht.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD –
Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ein
starkes Stück, was Sie jetzt machen.)*

Ich werde ja den Verdacht nicht los, Herr Holter, dass Sie deswegen so aggressiv reagieren, weil Sie unserem Koalitionsvertrag nichts Substanzielles entgegenzusetzen haben.

Werfen wir doch mal einen Blick auf Ihre zehn wichtigsten Wahlkampfforderungen. [...]

Es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, Herr Holter, dass sich neun, ich darf wiederholen, neun dieser zehn Punkte im Koalitionsvertrag wiederfinden und umgesetzt werden. Ich mache das mal an ein paar Beispielen fest:

Da fordert die Fraktion der LINKEN eine Soforthilfe für Theater und Orchester. Da kann ich nur sagen, schon geschehen. [...] Die Stadt Schwerin wird eine Soforthilfe für das Mecklenburgische Staatstheater in Höhe von einer halben Millionen Euro erhalten.

Der Bildungsminister hat alle Theater zu Gesprächen eingeladen und erarbeitet mit den Beteiligten ein tragfähiges Konzept. Nun geben Sie ihm doch wenigstens die Zeit und die Chance, dies auch erfolgreich zu Ende zu bringen.

Derweil reisen die Abgeordneten der LINKEN durchs Land und sammeln Unterschriften, [...]. Doch bevor Sie sich, meine Damen und Herren, als Retter der Kultur aufspielen, wäre es interessant, von Ihnen zu erfahren, woher Sie die zusätzlichen Millionen nehmen wollen, mit denen Sie die Theater und Orchester beglücken möchten. Diese Antwort sind Sie uns bislang schuldig geblieben.

*(Heinz Müller, SPD: Und das
nicht nur bei Theatern.)*



Foto: Uwe Balewski

Das NDR-Fernsehen übertrug die Debatte zur Regierungserklärung live.

Und ich vermute mal, Sie haben auch gar keine, oder aber nur eine, bei der Sie die verantwortliche Haushaltspolitik des Landes über den Haufen werfen wollen.

Aber [...] an unserer vorausschauenden Haushaltspolitik werden Sie nicht rütteln können. Wenn Sie hier Vorschläge machen, dann wollen wir von Ihnen konkret hören, woher das Geld kommen soll und an welcher anderen Stelle dafür etwas eingespart werden muss. [...]

Das zweite Beispiel, meine Damen und Herren, ist der von den Linken so vehement eingeforderte Zukunftsvertrag zwischen Land und Kommunen. Dieser Zukunftsvertrag, meine Damen und Herren, ist längst beschlossene Sache, und zwar nachzulesen, Herr Holter, im Koalitionsvertrag unter Ziffer 326. [...] Es laufen bereits die ersten Vorbereitungsgespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Seien Sie versichert, wir wissen um die schwierige Finanzlage der Kommunen, und deshalb helfen wir nach Kräften. Der kommunale Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro zur Entlastung von Altschulden ist ein Beispiel dafür, der einmalige Kofinanzierungsfonds in Höhe von 50 Millionen Euro für kommunale Investitionen ein weiteres. Eines aber ist klar, Herr Holter, das Land kann nicht mehr verteilen, als es selbst zur Verfügung hat,

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

auch wenn DIE LINKE diese Tatsache beharrlich, beharrlich ignoriert.

Ein drittes Beispiel:

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich kann es nicht mehr hören!)*

Die Umsetzung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro ist beschlossene Sache, Herr Holter. Das, meine Damen und Herren, ist der Abschied vom Niedriglohnland Mecklenburg-Vorpommern. Nehmen Sie diesen großartigen politischen Erfolg doch endlich mal gebührend zur Kenntnis, Herr Holter! Das Land geht eine Selbstverpflichtung ein, das heißt, bei der Vergabe von Aufträgen in Landeshoheit wird ein Mindestlohn von 8,50 Euro zur Bedingung gemacht.

Auch die Gewährung von Wirtschaftsfördermitteln wird künftig an die Bezahlung von Mindestlohn geknüpft.

Der Entwurf, Herr Holter, [...] für ein neues Vergabegesetz wird in den ersten Monaten des Jahres 2012 von Herrn Glaue vorgelegt. Da frage ich Sie, was haben Sie daran auszusetzen? Was wollen Sie eigentlich noch? Schneller geht es nicht, Herr Holter.

Ihnen [...] bleibt offenbar nur noch der hilflose Versuch, in einen Überbietungswettbewerb einzusteigen und statt 8,50 Euro nun zehn Euro zu fordern. Das ist weder originell, Herr Holter, noch hilfreich, auf gar keinen Fall aber zeugt das von einer politischen Verantwortung.

Allerdings bin ich mir sicher, meine Damen und Herren von den Linken, dass solche Anträge, oder ähnliche, schon bald ins Parlament eingebracht werden. Wir sind da ja einiges von Ihnen gewöhnt.

Zu derartigen Anträgen sage ich Ihnen Folgendes [...] Ihr Versuch ist vollkommen aussichtslos, uns in jeder Landtagsitzung mit Ihren schmalbrüstigen Anträgen jagen zu wollen. Es wird Ihnen auch nicht gelingen, mit plumpen Anbiederungsversuchen einen Keil zwischen die Koalitionsfraktionen zu treiben. Das war vor der Wahl ein völlig untaugliches Rezept, wie die Ergebnisse gezeigt haben – nicht wahr, Herr Holter –, und es wird nach der Wahl nicht besser. Meine Damen und Herren, es ist schlicht und einfach nur langweilig.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Treten Sie nur weiter. Sehr gut machen Sie das.)

[...] Überwinden Sie allmählich den Groll darüber, dass wir Sie nicht als Regierungspartner gewählt haben, kommen Sie aus Ihrer Schmollecke raus und wenden Sie sich endlich einer konstruktiven Oppositionsarbeit zu!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Da kann ich Sie wenigstens schön ärgern. Ich schmolle nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar persönliche Worte sagen zum Beginn der sechsten Legislaturperiode. [...] Selbstverständlich, meine Damen und Herren, wird es Streit geben zwischen den Regierungsfractionen und der Opposition – das haben Sie ja eben gemerkt –, aber das gehört zu einer funktionierenden Demokratie dazu. Wir werden uns in der Sache bisweilen hart auseinandersetzen. Wir werden mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neue Argumente kennenlernen und wir werden immer wieder zu Kompromissen zusammenfinden unter den demokratischen Fraktionen. Meine Damen und Herren, ich mache Ihnen hier und heute das Angebot, treten Sie mit uns in einen Wettstreit

(Helmut Holter, DIE LINKE: Erst treten und dann Angebote machen, das ist 'n Ding!)

der Ideen und Argumente, damit dieses Land noch weiter vorankommt.

Wir alle hier im Saal, meine Damen und Herren, ausgenommen die Herren rechts außen, wollen das Beste für unser Land: ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes, weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern. Dafür streiten wir miteinander, sodass am Ende dieser Wahlperiode Mecklenburg-Vorpommern noch besser dastehen wird als heute.

Dazu, Herr Pastörs, gehört auch ein Verbot der NPD, auf dass uns Ihre unsägliche Anwesenheit in diesem Parlament bald erspart bleiben möge.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit dieser gemeinsamen Arbeit beginnen! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“



Foto: Jens Büttner

Mecklenburg-Vorpommern soll ein weltoffenes und tolerantes Land sein.

Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Außerdem wurde wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. In der Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sprachen außer den hier wiedergegebenen Rednern von der Fraktion DIE LINKE Jeannine Rösler, Dr. Mignon Schwenke und Torsten Koplín sowie von der SPD-Fraktion Heinz Müller. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

www.landtag-mv.de

(Mediathek/Parlamentsdokumente/Plenarprotokollauszüge)

Vincent Kokert, CDU:

„Die Menschen wollen, dass die Probleme gelöst werden“

Foto: Uwe Baleski



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...]

Gestatten Sie mir, den ersten Teil meiner Antwort auf die eben gehörte Regierungserklärung unter die Überschrift ‚Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität‘ zu stellen. Diese drei Begriffe prägen nicht nur das Wertebild der CDU, sie sind das Fundament für unsere Arbeit in der 6. Legislaturperiode.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind dazu aufgerufen, die Freiheit, die die Menschen in unserem Land 1989 erkämpft haben, zu verteidigen, zu gestalten und natürlich auch auszubauen!

Ich gehöre zu der Generation, die mit der 1989 errungenen Freiheit aufwuchs, einer Generation, für die vieles, was für die damalige Generation nicht galt, selbstverständlich ist. Die Menschen in unserem Land profitieren von einem leistungsfähigen Bildungssystem, bei welchem Auslandsaufenthalte schon fast selbstverständlich sind. Die Menschen in unserem Land profitieren von offenen Arbeitsmärkten, die Erfahrungen in anderen Ländern ermöglichen. Die Menschen profitieren von offenen Grenzen, einem in Freiheit und Frieden vereinten Europa, und ich sage auch am heutigen Tag ganz bewusst, von einer gemeinsamen Währung in Europa.

Die Aufgabe des Landes ist es mitzuhelfen, dass nicht nur eine kleine Schicht, sondern alle diese Chance nutzen können. Mir ist es wichtig, dass wir als Staat helfen, dass die Menschen in unserem Land die Freiheit positiv erleben. Dafür haben wir mit dem Koalitionsvertrag in vielen Bereichen die Weichen gestellt. Wir sind politisch aktiv, weil wir Verantwortung übernehmen wollen und bereit sind anzupacken. Für die CDU hieß das, insbesondere auch nach einem

schwierigen Wahlergebnis, das Handtuch nicht in die Ecke zu werfen, sondern uns den Aufgaben zu stellen. [...]

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir uns der Verantwortung gestellt. Deshalb sind wir nicht weggelaufen, deshalb haben wir [...] nach ernsthaften und intensiven Koalitionsgesprächen eine Vereinbarung mit der SPD geschlossen und uns auf eine gemeinsame Regierung verständigt. [...]

Zur Freiheit und Verantwortung gehört Subsidiarität. Subsidiarität bedeutet in diesem Kontext, dass wir die Menschen nicht bevormunden, sondern dem Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten lassen. Es bedeutet aber auch, dass wir dort zur Stelle sind, wo Menschen Hilfe brauchen oder überfordert sind.

Der Staat soll auf der obersten Ebene nur das regeln, was von der unteren Ebene nicht gewährleistet werden kann, oder anders gesagt, der Staat soll sich nicht um Probleme kümmern, die von den Bürgern selbst gelöst werden können.

„ Wir als Staat müssen helfen, dass die Menschen die Freiheit positiv erleben. “

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU hat ganz im Sinne von Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität im Koalitionsvertrag mit der SPD viel erreicht. Unsere Handschrift ist deutlich erkennbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Zwei Aspekte möchte ich nennen:

Seit 2006 macht Mecklenburg-Vorpommern keine neuen Schulden. Seither ist jeder Landeshaushalt solide finanziert. Darauf werden wir weiter Wert legen. Andere Bundesländer sind auf Konsolidierungshilfen vom Bund angewiesen. Sie müssen regelmäßig nach Berlin fahren und darüber Bericht erstatten, wie ihre Haushaltspolitik in Zukunft aussehen wird und aussehen soll. Wir in Mecklenburg-Vorpommern stehen gemeinsam mit zwei anderen Bundesländern besser da. Wir legen selbst fest, wofür wir Geld ausgeben und wofür nicht. [...]

Als Zweites will ich unterstreichen, in den Bereichen, in welchen wir innerhalb der Landesregierung nicht durch eigene Minister vertreten sind, haben wir feste Vereinbarungen getroffen. Ich denke da beispielsweise an den Sozialbereich. Wir haben dort kleinere Krippen in der Kita durchgesetzt, und da möchte ich insbesondere noch mal dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Harry Glawe, danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ist sein politisches Kind gewesen. Harry Glawe, deiner Arbeit haben wir es zu verdanken, dass wir heute da stehen, wo wir sind.

Mit Blick auf die Aktuelle Stunde will ich heute auch das Thema Familienberatung ansprechen. Um den Blick auf die Kinder zu schärfen, ihre Bedürfnisse zu erkennen und ihnen alle Chancen zu geben, brauchen wir starke Eltern. Die CDU will starke Eltern und deshalb eine breit aufgestellte und von unterschiedlichen Trägern im ganzen Land angebotene Familienberatung.

*(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Freiwillige Leistung.)*

Die CDU steht für Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität. Wir unterscheiden uns damit deutlich von der Opposition in diesem Landtag. Und wie eingangs formuliert, haben sich die Erwartungen in positiver, aber auch in negativer Hinsicht erfüllt. Negativ und erwartungsgemäß hat der Oppositionschef der Linken ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Holter, diese Rede war eine Enttäuschung, es war eine Rede voller Traurigkeit, es war eine Rede ohne Zukunft, sie war, so wie Sie, negativ.

Wir, meine Damen und Herren, haben das so erwartet. Ich habe manchmal den Eindruck, Herr Holter, Sie benehmen sich so wie ein abgewiesener Verehrer, der bei seiner Braut nicht gelandet ist.

*(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und das wissen Sie als Mann?)*

Und dafür spricht, dass Sie die Sondierungsgespräche noch nicht verarbeitet haben. Ich schlage Ihnen vor, nutzen Sie die Gelegenheit, am heutigen Abend bei der Weihnachtsfeier des Landtages mit Erwin Sellering noch mal einen Glühwein trinken zu gehen. [...]

Das Problem der Linken in diesem Landtag ist immer das gleiche: Sie versuchen, mit alten Ansätzen alte Probleme zu lösen. [...]

Sie hatten acht Jahre lang Gelegenheit, dieses Land hier zu regieren, Sie hätten das Land nach vorne bringen können. [...] Sie hatten lange genug Zeit, Sie haben nichts getan. Sie haben Ihre Chance gehabt, Sie haben sie nicht genutzt. Jetzt handeln wir und das passt Ihnen natürlich nicht, Herr Holter, und deswegen werden wir an dem Kurs auch festhalten. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir, die Koalition aus SPD und CDU, wollen für Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft aus eigener Kraft. Wir wollen ein starkes Mecklenburg-Vorpommern. Daran dürfen als Opposition im Parlament nun 21 Jahre nach der Einheit auch die Grünen mitarbeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh! Dürfen, dürfen!)

Die Grünen hier im Landtag, die die Sitzreihe der FDP übernommen haben, müssen in den nächsten Jahren beweisen, wofür sie eigentlich stehen. Heute ist der Beweis noch nicht so groß ausgefallen.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da bin ich wirklich überrascht.)*

Die Grünen müssen klären, Herr Kollege Suhr, ob Ihr politisches Handeln noch geprägt ist vom Geiste der freiheitlichen und friedlichen Revolution, von Freiheit und Verantwortung, oder ob es auch ein bisschen eher um den ideologischen Protest, um Bevormundung und Reglementierung geht. Es geht um nichts Geringeres als um die Frage nach Ihrer Wertebasis. Dafür steht für mich fest, dass ideologischer Protest und Bevormundung nicht nur bei Stuttgart 21 [...] in eine Sackgasse führt, sondern auch bei der A 14, B 96n, bei neuen Stromtrassen, in Darßer Ort, bei Streusalz auf den Straßen und dem Abfalltransport.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Richtig.)*

[...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu der rechten Seite des Plenarsaals möchte ich nur sagen, dieses Land hat Sie nicht verdient, dieses Land braucht Sie nicht und wir werden Sie deshalb weiter klar in die Schranken weisen. Deshalb sind wir für ein zügiges Verbotverfahren der NPD.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

[...] Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! SPD und CDU haben im Interesse der Menschen in unserem Land für die 6. Legislaturperiode eine Zusammenarbeit vereinbart. Die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern lebt im ländlichen Raum. Hier stehen wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, die gemeinsam bewältigt werden müssen. Die Menschen in unserem Land wollen, dass die Probleme gelöst werden. Die Menschen erwarten eine gute Zusammenarbeit. Wir wollen das in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit den Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern tun. Unser Ziel muss sein, dass wir nach fünf Jahren Regierungszeit besser dastehen, als wir heute dastehen [...]. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“



Foto: Jens Büttner

Die Gebühren für Krippe und Tagesmutter sollen gesenkt werden.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Es ist ein gutes Zeichen, dass sich Menschen für ihre Belange einsetzen“

Foto: Uwe Balewski



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

Gut und verlässlich regieren, das scheint das Credo der [...] Regierung für die nächsten Jahre zu sein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das selbst als nicht besonders spannend beschrieben. Diese Einschätzung kann ich bestätigen. [...] Sie haben [...] eingeschätzt, dass die Bürgerinnen und Bürger genau dies von der Landesregierung erwarten. Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen in diesem Punkt [...] widerspreche. Ich glaube, dass die Erwartung vieler Menschen deutlich über das hinausgeht, was Sie [...] beschrieben haben. Ich möchte dieses an einigen [...] Beispielen [...] deutlich machen:

[...] Die bildungspolitischen Vorhaben der Landesregierung. In der Tat war die Passage zur Schulpolitik [...] bemerkenswert. Hier wird von vielen [...] deutliche Kritik an der Unverbindlichkeit der Koalitionsvereinbarung geäußert. Zu Recht auch deshalb, weil in der Koalitionsvereinbarung [...] gar nichts Substantielles enthalten ist. Und der Ministerpräsident, und das finde ich erstaunlich, erklärt genau dieses [...] zur Stärke. Man wolle reden [...] und der geplante Dialog solle unbedingt ergebnisoffen sein. [...]

Hier hilft nicht reden, hier hilft überzeugendes Handeln. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie entschlossen das umsetzen, was uns andere Bundesländer und vor allem das europäische Ausland [...] inzwischen richtig vormachen. Eine gute Schulpolitik muss nicht erst erfunden werden, [...] sie muss [...] vor allem angegangen und umgesetzt werden. [...] Hier hätte ich mir ein Bekenntnis der Landesregierung gewünscht. Ich hatte erhofft, dass Sie in diesem Bereich investieren [...]. Dies [...] ist ausgeblieben, und die Ankündigung, dass die Schulpolitik des Landes vor allem darin bestehen soll, in einen Dialog einzutreten und mit den Akteuren zu reden, ist schlicht und ergreifend zu wenig [...].

Reden wollen Sie auch mit den Theatern. Allerdings, das will ich einräumen, da sind Sie entschiedener: Sie frieren die Mittel des Landes, die ja im Übrigen auch FAG-Mittel und damit kommunale Zuweisungen darstellen, schon seit Jahren ein und setzen dies fort, verweigern sich, kulturkonzeptionell zu arbeiten, und laden [...] die Probleme auf den Schultern der Kommunen ab. Damit [...] zeichnen Sie einen Offenbarungseid für die Perspektive der Theater [...], die Theater- und Orchesterpolitik des Landes ist konzeptionslos [...]. Das ist ein kulturpolitisches Armutzeugnis! [...]

Der Ministerpräsident hat die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts als eine der großen Herausforderungen [...] beschrieben und [...] die Sorge geäußert, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriften könne. [...] Der Prozess des Auseinanderdriftens ist längst in vollem Gange. Es gibt wohl kaum ein Bundesland, in dem so viele Menschen von niedrigem Einkommen leben müssen [...]. Es muss uns dabei nicht verwundern, wenn diese Menschen das Gefühl haben, dass die Politik und große Teile der Gesellschaft sie alleine lassen. [...]

Das [...] ist ein Zustand, in dem sich viele abwenden. [...] Sie leben ein Leben, das vom Gefühl der Perspektivlosigkeit geprägt ist, und sie sind damit anfällig für rechtsextremistische Parolen und für Vorurteile gegenüber denjenigen, die ihnen fremd erscheinen.

Dies ist übrigens auch ein Zustand, den die rechtsextremistischen geistigen Brandstifter zu nutzen wissen. [...] Hier müssen die Demokraten zusammenstehen und dürfen dies nicht zulassen. [...]

„ Die Erwartung vieler Menschen geht deutlich über das hinaus, was Sie beschrieben haben. “

Ohne Zweifel stehen wir vor riesigen Herausforderungen. [...]

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass [...] alle demokratischen Fraktionen den gerade beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem Bundesland gemeinsam und mit aller Entschiedenheit entgegentreten. [...] Lassen Sie uns beraten, was die richtigen Schritte [...] sind, um für Menschen in unserer Gesellschaft wieder Platz zu schaffen, die sich ausgegrenzt fühlen. Ich schlage dazu [...] ein gemeinsames Gespräch [...] zu Beginn des nächsten Jahres vor. [...]

Die Möglichkeit zur Teilhabe und zur Mitgestaltung unserer demokratisch verfassten Gesellschaft gehört für mich zu den zentralen Herausforderungen und Aufgaben, denen sich Regierung und Landtag [...] stellen müssen.

Ich freue mich sehr [...], dass nicht nur die Reaktion der Abkehr und des Abwendens zu verzeichnen ist, sondern dass sich immer mehr Menschen engagieren und auch öffentlich ihre Forderungen deutlich machen. [...]

Es war richtig und gut, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Protest die Planungen eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin verhindert haben. [...] dass viele ihrem Protest Ausdruck gegeben haben, als die Castortransporte [...] nach Lubmin rollten. [...] dass sich viele Menschen gegen die agrotechnischen Experimente gewandt haben. [...] dass die Menschen überall dort, wo Tierfabriken geplant und gebaut werden, auf die Straße gehen und deutlich machen: Wir wollen keine Massentierhaltung, wir wollen eine artgerechte Tierhaltung. [...] Und es ist richtig und gut, dass die Bürgerinnen und Bürger, die im Umfeld der Sondermülldeponie Ihlenberg leben, [...] mehrfach mit Protesten deutlich gemacht haben, dass sie nicht bereit sind, die Risiken der geplanten (Asbest)Transporte zu tragen. [...] Es ist richtig und gut, dass so viele Menschen [...] die Volksinitiative für die Theater und Orchester [...] unterstützt haben [...]

Dies sind nur einige Beispiele für Bürgerengagement und Bürgerprotest. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich Menschen einmischen [...] und für ihre Belange einsetzen. [...] Diese Menschen fordern vor allem eines: Sie wollen mit ihren Anliegen ernst genommen werden. [...] gehört werden und [...] dass ihre Argumente in die politische Entscheidungsfindung einfließen.

Und ich habe mich gefreut, dass auch der Ministerpräsident [...] auf diesen Aspekt eingegangen ist. Dies müsste aus meiner Sicht die zentrale Leitlinie einer verantwortungsvollen Landespolitik sein.

Darum, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir streiten und vor allem werden wir Sie hier fordern. [...]"

Udo Pastörs, NPD:

„Märchenstunde des Ministerpräsidenten“

Foto: Uwe Balewski



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident Selling hat – und das möchte ich ohne Übertreibung sagen – wieder einmal eine Märchenstunde abgehalten. Er hat das getan, wie es offensichtlich seiner Art entspricht: sanft, einschläfernd, ablenkend und das Volk regelrecht hinters Licht führend. [...]

Kommen wir zurück zu Ihren blühenden Landschaften in Mecklenburg und Vorpommern, Herr Ministerpräsident. Sie trugen hier eben vor, dass die SPD/CDU-Koalition den Anspruch habe, in den nächsten fünf Jahren Mecklenburg und Vorpommern gut und verlässlich zu regieren. Schuldig blieben Sie natürlich, den Menschen konkret zu sagen, was Sie darunter zu verstehen pflegen. Ein typischer Selling, möchte man sagen. Und dann wurden Sie so karnevalistisch, indem Sie uns erklärten, dass die Bürger sachorientierte, verlässliche und gute Regierungsarbeit von der Landespolitik erwarten und das Land auch dann davon profitieren müsse. [...]

„ Sie verschweigen, dass Sie nach wie vor am Tropf von Bund und EU hängen. “

Sie sprechen von solider Finanzpolitik und verschweigen, dass Sie nach wie vor voll am Tropf der Subventionen von Bund und von der EU hängen, und das 21 Jahre nach der sogenannten Wende zum Guten. Warum nennen Sie nicht die Zahl von 274,32 Millionen bewilligter Wirtschaftsförderung allein im Jahre 2009, ohne die wir schon längst einen wirtschaftlichen Zusammenbruch in Mecklenburg und Vorpommern erlebt hätten? [...]

Und dann setzen Sie noch eins drauf, indem Sie unter vollkommener Ausblendung der Realität Ihr Trugbild weitermalen: „Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand“ in der Geschichte dieses Landes, sagten Sie uns. „Wir



Foto: Cornelius Kettler

Proteste vor der Schweriner Staatskanzlei gegen die geplanten Asbesttransporte zur Deponie Schönberg.

haben eine moderne Infrastruktur – nehmen Sie nur ... die neue Rügenbrücke, moderne Häfen oder die wunderschön ... sanierten Städte und Dörfer.' Sind das nicht wunderschöne, salbungsvolle Worte aus dem Munde unseres Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren?

Die Realität ist jedoch eine ganz andere. In der Fläche verrottet die geschaffene Infrastruktur bereits wieder. Besonders Gemeinden und Landstraßen können nur notdürftig repariert werden, weil die Kreise, die Gemeinden und die Stadt Schwerin kein Geld mehr haben, sie sind de facto bankrott. [...]"

Verstoß gegen die Würde und Ordnung des Hauses

Wegen des Verstoßes gegen die parlamentarischen Regeln musste die sitzungsleitende Vizepräsidentin den NPD-Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** während seiner Rede mehrfach zur Ordnung rufen. Beim 2. Ordnungsruf wies sie ihn pflichtgemäß darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung ein dritter Ordnungsruf die Wortentziehung für den Tagesordnungspunkt zur Folge hat. Dennoch verstieß Udo Pastörs ein drittes Mal gegen die Ordnung, sodass ihm das Wort entzogen werden musste.



Verwaltungsrat der Landesforstanstalt

Am 15. Dezember 2011 wählte der Landtag die CDU-Abgeordnete **Beate Schlupp** in den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt.

Zur Wahl standen neben Beate Schlupp Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE), Dr. Ursula Karlowski (BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN) und David Petereit (NPD). Diese erreichten nicht die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Die Landesforstanstalt steht allen Privat- und Körperschaftswaldbesitzern als Partner zur Seite. Sie ist u.a. zuständig für die Forstaufsicht sowie den Wald- und Forstschutz, das Waldverzeichnis, die Waldbiotop- und Naturraumkartierung und das forstliche Monitoring, übt die Naturschutzaufgaben nach dem Landeswaldgesetz aus und führt Maßnahmen der Waldpädagogik, der Natur- und Umweltbildung und des Waldtourismus zur Förderung des ländlichen Raumes durch. Sie hat ihren Sitz in Malchin.

Der Privat- und Körperschaftswald in Mecklenburg-Vorpommern nimmt derzeit mit 50.700 Waldbesitzern etwa 33 Prozent der Waldfläche ein. Auf Grund der Privatisierung und Restitution von Waldflächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) wird der Anteil zukünftig auf knapp 50 Prozent steigen.

www.wald-mv.de



Foto: Jens Baritsch

Erinnerungsfoto auf der Schlosstreppe: Die Klasse 10/2 vom Goethegymnasium Ludwigslust mit ihren Lehrern Simone Gröger und Peter Tiedemann und den Abgeordneten Andreas Butzki, Silke Gajek und Johannes Saalfeld.

Ein Landtagsbesuch mit Vorgeschichte

Zehntklässler aus Ludwigslust gewinnen Fahrt in den Landtag

Wie kommt man als Klasse in den Landtag? Ganz einfach: LandtagsNachrichten abonnieren, beim Gewinnspiel mitmachen, die Klassenfahrt ins Schweriner Schloss gewinnen! So jedenfalls war es bei der Klasse 10/2 des Goethegymnasiums Ludwigslust.

Den Anstoß gab Sozialkundelehrer und LN-Abonnent Peter Tiedemann schon vor einem Jahr. Ein Gewinnspiel im Heft 9-2010 versprach als Preis eine Klassenreise in den Landtag! „Mensch, woll'n wir da nicht mitmachen?“, fragte Peter Tiedemann seine Schüler. „Kümmern müsst ihr euch aber selber!“ Und die damalige 9/2 kümmerte sich. Karte ausschneiden, Antwort eintragen, Briefmarke drauf – und ab in den Briefkasten. Der Jubel war groß, als dann tatsächlich die Nachricht aus dem Landtag eintraf: Glückwunsch! Ihr habt gewonnen!

Zwar war es nicht so einfach, einen passenden Termin zu finden – schließlich wollten alle unbedingt bei einer Plenarsitzung dabei sein. Aber am 14. Dezember 2011 war es dann endlich soweit. Im Plenum erlebten die Schüler sogar die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten!

„Es war schon interessant, mal zu sehen, wie das hier im Landtag so abläuft“, sagte Klassensprecher Fabian Rose im Anschluss. Vor allem beeindruckte ihn, „dass es nicht so streng zugeht und Abgeordnete auch mal dazwischenrufen dürfen“. Gern hätten die Gymnasiasten noch weitere Redner erlebt. Aber es stand ja auch noch ein Gespräch mit den Abgeordneten **Andreas Butzki** von der SPD und **Johannes Saalfeld** von den Grünen auf dem Programm.

Der Quiz-Gewinn hat sich auf jeden Fall gelohnt, findet Fabian am Ende des Besuchs: „Es hat schon was gebracht. Also – wir wissen jetzt mehr!“

Hebben de kein Kinnerstuw?

Die Debatte zur Regierungserklärung aus Sicht eines Landtagsbesuchers

Die 60 Besucherplätze im Plenarsaal des Schlosses sind heiß begehrt. Wann hat man schon mal Gelegenheit, bei einer Parlamentsdebatte dabei zu sein und „seine“ Abgeordneten bei ihrer Arbeit im Schloss live zu erleben! Gruppen aus den Wahlkreisen der Abgeordneten melden sich an, Schulklas-

sen, Vereine und Verbände, sogar Touristengruppen. Aber auch Einzelbesucher können kommen und als Zuschauer im Plenum dabei sein. Dies hat der Schweriner Helmut Frick im Dezember getan – und seine Eindrücke vom Geschehen in einem Brief an die Landtagspräsidentin zusammengefasst:

Siehr geiehrte Fruh Bretschneider,

lang hew ik öwerlecht, ob ik Sei schrieben sall, orrer nich. Ik dau dat nu doch, von wägen mien Gewissen. Dor möt wat rut ut mi. Ik schriew Sei in Platt, denn klingt dat nich so scharp wat ik up'n Harten hew.

Also, in de verläden Woch hew ik mi as Besäuker twei Mal in'n Landtag begäben und mi mal anhührt un ankäken, wat sik dor awspält. Denn, einige von de Lühd hew ik ja wählt un wull nu mal seihn, wie de sick dor bewägen.

Dat güng ja ganz nett mit Gratulation von wägen Geburtstag för twei Afgeordneten un mit'n Gedenken an de Opfer von de NSU los.

Denn hett der Chef, Herr Selling ne lange Rähd holl'n.

Dat wier ja noch alln's o.k. Äwer wat nu lösgüng, wier nich fierlich.

De Utspraak tau sein Rähd. All de, de nu an'n Pult wiern, künn'n nich räden, as sei sik dat dacht hebben. Ne, dor wür bannig twischenbölk, wenn de Annern wat nicht passte. Wenn ein denn äwer wat Gaudes secht hett, denn ballerten de Lühd von de eigen Partei as de Dömlichen mit sei ehr Hän'n up de Dische. Nee, wat wier dat för ein Larm.

Dat Gebölke wier denn de amtierende Präsidentin tau dull, sei hahlte sik denn von jeder Fraktion weck tau sick. Sei hett de Lühd denn woll vertellt, dat sei dat nich gaud fin'n wüer, wenn de Lühd son'n Larm maken.

Na, denn wier för'n Moment wedder wat tau verstahn, wat de Redner von sik gäw. Duerte äwer nich lang'n, de möste sei wedder bimmeln. So bliew datt ümmer bi.

Dat wier an'n nächsten Dag, as ik wedder dor wier, wedder so.

Ik frag mi, wat sünd dat för Lühd, de un's Land regiern? Hebben de kein Kinnerstuw, sondern blot ne Späleck hatt?

Mi is an'n Ingang taun Plenarsaal ne Einlasskort gäben word'n. Dor steit up, wat ik alls nich dörf. Hebben de Afgeordneten ok son'n „Knigge“ krägen? Süllten sei äwer ganz fix kriegen!

Glöben Sei man nich, dat ik mi blot an dat Verholln von de Lühd von de NPD rieben dau. Nee, wenn ik mi nich verührt hew, denn sünd de von de CDU ok ganz schöne Rüpel. Näben dat Geballer up der Dische und de tau blödsinnige Bölkerie fählt blot, dat dor noch Bier utschenkt ward. De Gräuschkulisse wühr denn gaud to ne billige Kneip un nich för'n Parlament dögen. Von wägen „Würde des Parlaments“. Ja, mit Umgangs- un Parlamentskultur in unsere Breiten hett dat nix to daun. Wi sünd doch nich bi de Primaten!

Achter mi hebben Schauklassen säten. De wiern ganz liesing und hebben sik de Kammedie ok anhührt un ankeken. Wat süllten de an denn Dag door woll liehrn? Gaudes Benähm'n woll nich.

Mi hett ne Mitarbeiterin ut Ehr'n Huhs, Fruh Bretschneider, up miene diesbezüglich Frag seggt, dat sall ehr „parlamentarischen Umgang und Arbeitsweise“ wiesen. Na, wat sall denn son'n Dummtüch.

De Schäulers, de sünd doch nich döschig, de warden doch in'n schlimmsten Fall „Nichtwähler“. Tau Hus vertelln de Schäulers doch ok, wat de Öllern dor wählt hebben. Na, ik weit nich, wie dat noch end't.

Ik will Sei äwer ok wat Gaudes seggen: Sei hebben bi me de gröttste Hochachtung, dat Sei sik dissen Jop andaun. Wie holl'n Sei dat blot ut?

Mit fründlichen Grüßen, Helmut Frick

Schaufenster des Parlaments

Das Plenum ist das Schaufenster des Parlaments, heißt es. Es ist der zentrale Ort der öffentlichen Debatte und der verbindlichen Entscheidungen des Parlaments. Bei den Plenardebatten geht es nicht an erster Linie darum, die Abgeordneten anderer Fraktionen zu überzeugen. Deren Argumente sind in der Regel bereits aus den Beratungen in den Fachausschüssen und Fraktionen bekannt. Im Plenum stellt jede Fraktion noch einmal ihre Auffassung für die Öffentlichkeit dar und grenzt sich gegebenenfalls auch deutlich vom politischen Gegner ab. Redner erhalten von ihren Fraktionskollegen durch Applaus Rückenstärkung – meist durch Klopfen auf die Tische. Auch zustimmende Zwischenrufe („Genau“, „Richtig“, „So ist es“) dienen diesem Zweck. Den Zwischenruf nutzt aber natürlich vor allem der politische Gegner.

Zwischenrufe

Zwischenrufe werden gern als „Salz in der Suppe der Parlamentsdebatte“ bezeichnet. Sie können die Debatte lebendig, interessant und aufschlussreich machen. Man kann mit einem Zwischenruf den eigenen Redner stärken. Man kann für die Zuschauer und Medien die eigene Position deutlich machen, ohne selbst am Rednerpult zu stehen. Zwischenrufe fordern den Redner heraus, Dinge noch einmal zu erklären oder auch mit einer witzigen Entgegnung dem Zwischenrufer den Wind aus den Segeln zu nehmen. Natürlich können Zwischenrufe ungeübte Redner auch aus dem Konzept bringen – was durchaus auch bezweckt sein kann. Manche Redner laufen, angestachelt durch Einwürfe, erst richtig zur Hochform auf. Aufgabe der amtierenden Präsidentin ist es also nicht, jegliche Zwischenrufe zu unterbinden. Allerdings muss sie dafür sorgen, dass der Redner seine Ausführungen machen kann, dass Abgeordnete nicht beleidigt werden und dass die Würde des Hauses gewahrt wird.

Geschäftsordnung

Damit die Debatten und Abstimmungen trotz aller Kontroversen und Emotionen geordnet und zielorientiert vonstatten gehen, hat sich der Landtag Regeln dafür gegeben. Diese sind in der Geschäftsordnung festgeschrieben. Sie regelt nicht nur Sitzordnung, Redezeiten und Abstimmungsverfahren, sondern enthält auch Sanktionen, die die amtierende Präsidentin zur Sicherung der Ordnung und zur Wahrung der Würde des Hauses einsetzen kann und muss.

So kann sie Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, zur Sache rufen (Sachruf). Ein Ordnungsruf wird erteilt, wenn ein Abgeordneter die Ordnung oder die Würde des Hauses verletzt. Die nächsthärteren Strafen für Fehlverhalten sind die Wortentziehung und der Sitzungsausschluss. Natürlich entscheidet die Präsidentin nicht willkürlich, zu welchem Mittel sie greift. Die Geschäftsordnung regelt ganz detailliert, wann welche Strafe angebracht und rechtens ist.

Die Geschäftsordnung des Landtages

Jeweils zu Beginn jeder Wahlperiode gibt sich der Landtag eine Geschäftsordnung. Darin sind die Regeln der parlamentarischen Arbeit festgelegt. Den Beschlussantrag für die Geschäftsordnung der 6. Wahlperiode hatten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Konstituierenden Sitzung



des neuen Landtages am 4. Oktober 2011 gemeinsam in den Landtag eingebracht. Die Geschäftsordnung regelt unter anderem Zusammensetzung und Arbeitsweise der Fachausschüsse, Sitzordnung und Ablauf der Plenarsitzungen, Redezeiten und Abstimmungsverfahren und enthält auch Sanktionsmöglichkeiten bei parlamentsunwürdigem Verhalten von Abgeordneten.

Das Abgeordneten-Handbuch der 6. Wahlperiode

Wer sitzt eigentlich im neuen Landtag? Wie sind die Fraktionen zusammengesetzt, und welche Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Landtages vor?

Diese und viele weiteren Fragen beantwortet das neue Abgeordneten-Handbuch des Landtages für die 6. Wahlperiode.



Neben den Biografien und Fotos der Parlamentarier enthält es Informationen zu den Fraktionen, Fachausschüssen und weiteren Gremien des Landtages. Außerdem informiert das handliche Büchlein über die Ergebnisse der Landtagswahlen am 4. und 18. September 2011 und listet wichtige Ansprechpartner in der Landtagsverwaltung und der Landesregierung auf. Und es enthält die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die am 23. Mai 1993 vom Landtag beschlossen wurde und am 15. November 1994 nach einer Volksabstimmung endgültig in Kraft getreten ist.

Die Publikationen bekommt man kostenlos beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtages
Tel. 0385 / 525-2113
oder per Mail-Anfrage an
oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Zusammenarbeit im Ostseeraum

Landtag Mecklenburg-Vorpommern international aktiv

Im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten arbeitet der Landtag in der Ostseeparlamentarierkonferenz mit. Hier sind nationale und regionale Parlamente aller Ostseerainerstaaten einschließlich Russland und Norwegen vertreten. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit liegen derzeit bei Fragen des nachhaltigen Wachstums und der Energieeffizienz sowie bei der integrierten Meerespolitik.

Nachhaltiges Wachstum



Im Rahmen der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ der Ostseeparlamentarierkonferenz in Stockholm haben Abgeordnete der Ostseerainerstaaten am 12. Dezember 2011 über aktuelle Herausforderungen im Bereich des nachhaltigen Wachstums und der Energieeffizienz im Ostseeraum beraten.

Der Ostseeraum steht aufgrund seines geschlossenen Systems vor besonderen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Der Abgeordnete **Jochen Schulte**, der auch Mitglied des Energieausschusses des Landtages ist, wurde mit der Wahrnehmung des Landtagsmandats in der Arbeitsgruppe beauftragt. Stellvertreter ist der Abgeordnete Jürgen Seidel.

„Das Thema Nachhaltiges Wachstum stellt gerade für kleine und mittelständische Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern eine echte Chance dar“, so Jochen Schulte im Rahmen der 1. Arbeitsgruppensitzung in Stockholm. „Grüne“ Investitionen verfügen nach einem Bericht des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP) über das Potenzial, neue Wirtschaftsbereiche und Technologien zu erschließen und so das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen anzukurbeln. Im Fokus der Arbeitsgruppe, die in den nächsten zwei Jahren politische Handlungsempfehlungen ausarbeiten wird, stehen Chancen für Unternehmen, die Rolle der öffentlichen Hand sowie die Wahrnehmung des Themas „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ in der Öffentlichkeit.

Integrierte Meerespolitik

Die integrierte Meerespolitik stand im Zentrum eines Treffens am 12. Januar 2012 in Berlin. Auf Einladung des deutschen Ostseeratsvorsitzes trafen sich Vertreter der wichtigsten Organisationen des Ostseeraumes mit maritimen Kompetenzen, um über gemeinsame Aktivitäten und ein abgestimmtes Vorgehen im Hinblick auf die Förderung gemeinsamer Interessen des Ostseeraumes zu beraten. Mit

dabei waren die maßgeblichen staatlichen und zwischenstaatlichen Akteure im Ostseeraum: der Ostseerat der staatlichen Regierungen im Ostseeraum, die Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets HELCOM, die Raumordnungs-Ministerkonferenz der Ostseestaaten VASAB, das Ostseeforum, die Ostsee-Kommission, die Nördliche Dimension, in deren Rahmen die Europäische Union mithilfe themenbezogener Partnerschaften mit Nicht-EU-Ländern des Ostseeraumes wie Russland und Norwegen zusammenarbeitet, sowie die Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes.

Für den Landtag nahm der Abgeordnete **Jochen Schulte** in seiner Funktion als Maritimer Berichtersteller der Ostseeparlamentarierkonferenz teil. Während des ersten Treffens ging es um eine intensivere Kooperation und einen besseren Informationsaustausch der Organisationen untereinander, insbesondere auch über innovative maritime Projekte, die Einbeziehung der maritimen Wirtschaft in die Ostseezusammenarbeit sowie mögliche Verbindungen maritimer und energiepolitischer Ziele der Region.

Weitere Folgetreffen sowie eine gemeinsame Veranstaltung aller beteiligten Organisationen anlässlich des Europäischen Tages der Meere am 20. Mai 2012 in Göteborg sind geplant.

EU-Ausschuss der Regionen



Im Rahmen der Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel standen am 14. und 15. Dezember 2011 Fragen der Energieeffizienz im Mittelpunkt der Beratungen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2020 20 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen. Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat eine Stellungnahme abgegeben, in der dieses Ziel

ausdrücklich begrüßt wird.

Der Vertreter des Landes im AdR, der Abgeordnete und Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses im Schweriner Landtag, **Detlef Müller**, äußert sich zufrieden: „Das selbstgesetzte Ziel der EU teile ich. Der ursprüngliche Stellungnahmeentwurf ist im Ausschuss der Regionen an entscheidenden Stellen entsprechend der Anliegen von



Foto: Gerald Gutzeit

Rudolf Borchert (5.v.l.) vertritt den Landtag M-V bei der Beratung des Gemeinsamen Ausschusses von M-V und Südwestfinnland in Turku.

Mecklenburg-Vorpommern geändert worden. Wir müssen die Energieeffizienz steigern und Energiekosten durch intelligente Konzepte senken.“

In den Beratungen des AdR zeichneten sich mehrere Schwerpunkte der zukünftigen EU-Politik ab: die von der Kommission geplante Einführung einer gemeinschaftsweiten Finanztransaktionssteuer und die Neuordnung des Finanzsektors, die Zukunft der europäischen Förderpolitik – der sogenannten Kohäsionspolitik – und die künftige europäische Verkehrspolitik.

Detlef Müller begrüßte die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer. „Wir brauchen eine finanzielle Beteiligung der Verursacher der Finanzkrise“, betonte er. Auch die Zukunft der europäischen Förderpolitik und der trans-europäischen Netze werde den AdR im kommenden Jahr beschäftigen. Die Planungen, 50 Milliarden Euro für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, begrüße er, warnte jedoch: „Dies darf nicht zu Lasten der übrigen Förderschwerpunkte gehen.“ Dazu müssten die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament im kommenden Jahr die richtigen Entscheidungen treffen.

Mitte Februar wird die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer erneut auf der AdR-Agenda stehen.

Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen (AdR) ist eine beratende Einrichtung, die die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union vertritt. Seine Aufgabe besteht darin, den Standpunkt der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Rechtsvorschriften der EU einzubringen. Die Europäischen Kommission, der Rat und das Parlament müssen den AdR anhören, bevor sie EU-Entscheidungen erlassen, die die lokalen und regionalen Regierungen betreffen. Der AdR hat derzeit 344 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten. Den Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertritt Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses.

Gemeinsames Energiekonzept

Auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Region Südwestfinnland hat am 24./25. November 2011 der Gemeinsame Ausschuss in Turku getagt. In diesem Zusammenhang wurde der Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten, ein gemeinsames Projekt für den Bereich „Erneuerbare Energien“ beider Regionen politisch zu konkretisieren und zu unterstützen. Auf Einladung der Staatskanzlei hat der Vorsitzende des Energieausschusses des Landtages, **Rudolf Borchert**, an der Tagung in Turku teilgenommen. Fachlich untersetzt wurden die Beratungen durch das Unternehmen „Energiegewinn“ aus Rostock, das seine Kompetenzen für den Aufbau kommunaler Energiekonzepte, zur Verbesserung der Effizienz sowie Dezentralisierung der Energieversorgung – insbesondere in ländlichen Regionen – einbringen wird.

Im Rahmen der Vorplanung soll in einem ersten Schritt bis Februar 2012 ein Strukturkonzept für die Projektbeteiligten aus Mecklenburg-Vorpommern, Südwestfinnland, Norwegen und ggf. weiterer Partner erstellt werden, das Aussagen über inhaltliche Ziele sowie zum Finanzbedarf enthält. Dieses Konzept soll als Grundlage dienen für einen weitergehenden Projektantrag bei der Europäischen Kommission im Rahmen des IEE-Programms (Intelligente Energie: Europa für eine nachhaltige Zukunft), das Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie Anreize zu deren Nutzung im Verkehrsbereich durch den Austausch und die Vermittlung von know-how fördern will.

Bereits im Mai 2011 hatte der Europa- und Rechtsausschuss bei einem Besuch in Turku Gespräche mit Vertretern der regionalen Energieberatung „Valonia“ sowie der finnischen Behörde für Technologie- und Innovationsfinanzierung geführt, bei dem beide Seiten ihr Interesse an einem gemeinsamen Energieprojekt bekundet haben.



Fotos: Uwe Balewski

Der Petitionsausschuss des Landtages der 6. Wahlperiode: v.l. Maika-Friemann Jennert (CDU); Stefanie Drese, Nils Saemann, Vorsitzender Manfred Dachner (alle SPD); Heino Schütt (CDU), Barbara Borchardt, Jacqueline Bernhardt (beide DIE LINKE); Detlef Lindner (CDU), Jutta Gerkan (B'90/DIE GRÜNEN), Tino Müller (NPD). Auf dem Foto fehlt Katharina Feike, SPD.

Ansprechpartner und Mediator

Der Petitionsausschuss des Landtages hat in der 5. Wahlperiode fast 5000 Bürger-Eingaben behandelt

Immer mehr Menschen nutzen ihr in der Verfassung verankertes Grundrecht, sich über Behördenentscheidungen zu beschweren, auf aus ihrer Sicht drohende Fehlentwicklungen hinzuweisen oder auch Vorschläge zur Gesetzgebung zu unterbreiten. Ein wichtiger Ansprechpartner und Mediator ist dabei der Petitionsausschuss des Landtages. Die Bilanz der 5. Wahlperiode kann sich sehen lassen.

Von 2006 bis 2011 haben den Petitionsausschuss des Landtages 4.797 Eingaben von über 100.000 Bürgerinnen und Bürgern erreicht. Diese Zahlen machen deutlich, dass immer mehr Menschen ihr Landesparlament um Hilfe bei Problemen mit Behörden bitten. Neben Einzelpersonen haben Bürger mit sogenannten Massenpetitionen ein gemeinsames Anliegen an den Ausschuss herangetragen – beispielsweise forderten mehr als 21.000 Menschen den Erhalt Parchims als Kreisstadt, über 14.000 protestierten gegen den geplanten Bau eines Hafens am Ostseestrand bei Prerow. Zahlreiche Petitionen gab es auch zum Thema Schule, zur Kreisgebietsreform, zum Bereich ALG II, zur Abwasserproblematik in Kleingärten und zum geplanten Bau von Biogas- und Windkraftanlagen.

Der Landtag unterstützt die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zusätzlich, indem er im Sommer 2010 die Möglichkeit geschaffen hat, Petitionen auch auf elektronischem Weg einzureichen. Über die Homepage des Landtages kann seither ein Formular abgerufen werden, das es Internetnutzern ermöglicht, dem Petitionsausschuss sehr unkompliziert ihr Anliegen vorzutragen. Dass dieses Online-Angebot gut angenommen wird, zeigen auch hier die Zahlen: Bereits im Jahr 2011 erreichten den Petitionsaus-

schuss 114 Petitionen über das Internet. Das sind knapp zehn Prozent der insgesamt eingegangenen Eingaben.

Die Mehrzahl der Petitionen konnte im Ergebnis der Sachverhaltsaufklärung durch den Petitionsausschuss mit einem übereinstimmenden Votum der Ausschussmitglieder ohne weitere Beratung abgeschlossen werden. Zu rund 1000 Petitionen führte der Ausschuss in der fünften Wahlperiode 122 Sitzungen durch, davon 37 Vor-Ort-Termine. Bei Bedarf wurden Regierungsvertreter zu den Beratungen und Ortsterminen hinzugeladen. Häufig konnten Lösungen im Sinne der Petenten oder Kompromisse erreicht werden. Hierbei zeigte sich, dass durch ein moderiertes Gespräch die teilweise verfahrenere Situation zwischen allen Beteiligten entspannt werden konnte. Auf diese Weise konnte letztendlich den betroffenen Bürgern der rechtliche Rahmen erläutert werden, den die Behörden einhalten müssen. Im Gegenzug gewannen die Behördenmitarbeiter eine umfassendere Einsicht in die speziellen Umstände des einzelnen Bürgers. Dies brachte nicht nur Verständnis für die jeweils andere Seite, sondern förderte auch die Bereitschaft, von den eigenen Forderungen etwas abzurücken und den Weg für einen Kompromiss zu ebnen. Insbesondere in den Ortsterminen, an denen neben den Behördenvertretern auch die Petenten teilnahmen, agierte der Petitionsausschuss ähnlich einem Mediator. Dieses Vorgehen hat sich häufig als erfolgreich erwiesen.

Dass in Mecklenburg-Vorpommern die Petenten umfassend in die Bearbeitung ihrer Petition einbezogen werden, heben viele Bürgerinnen und Bürgern als besonders positiv hervor. Sie erhalten Kenntnis über den Inhalt der dem Petitionsausschuss vorliegenden Stellungnahmen. Außerdem bekommen sie die Gelegenheit, dazu ihre Meinung zu äußern. Das gewährleistet ein transparentes und damit bürgernahes Verfahren und sichert, dass alle Argumente der Petenten in die Bewertung der Angelegenheit einbezogen werden.

Übrigens erreichten den Petitionsausschuss auch Eingaben aus dem Ausland, beispielsweise aus Österreich, Dänemark, den Niederlanden und Polen. Dies ist möglich, weil das Petitionsrecht nach Artikel 10 der Landesverfassung jeder natürlichen Person zusteht und es für die Wahrnehmung dieses Grundrechtes gemäß § 1 Absatz 1 des Petitions- und Bürgerbeauftragengesetzes M-V auf die persönlichen Verhältnisse des Petenten wie Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit nicht ankommt.



Fotos: Angelika Lindenbeck



Kinder haben Rechte

Sternsinger aus ganz M-V im Landtag zu Gast

Warum gibt es nicht genügend Geld für alle Menschen? Warum wurden Rostock und Güstrow zu einem Landkreis zusammengefasst, und bleiben die Autokennzeichen? Warum sind im Plenarsaal die Gänge zwischen den Fraktionen unterschiedlich groß? Und was bedeutet eigentlich das Wort „Abgeordnete“? Knifflige Fragen an die Landtagspräsidentin, die beim traditionellen Sternsinger-Empfang im Schweriner Schloss die Kinder auch in den Plenarsaal eingeladen hatte.

Die Stippvisite im Sitzungssaal des Parlaments gehörte zu den Höhepunkten des Sternsinger-Empfangs im Landtag am 16. Januar. Schließlich hat man als Kind nicht alle Tage die Gelegenheit, auf den Plätzen der Abgeordneten und der Minister zu sitzen und die Landtagspräsidentin auszufragen. Da teilten sich dann auch schon mal zwei Erstklässler einen Stuhl – Hauptsache schön weit vorn!

Zuvor hatte Sylvia Bretschneider die rund 150 Sternsinger und ihre Begleiter aus ganz Mecklenburg-Vorpommern im Festsaal des Schlosses begrüßt. Die Kinder hatten zum Jahreswechsel beim Dreikönigssingen in ihren Heimatorten

Geld für Not leidende Kinder in aller Welt gesammelt und mit ihren Liedern und Gedichten Freude verbreitet. Die Aktion, die 1959 vom Kinderhilfswerk der Katholischen Kirche initiiert worden war und an der sich mittlerweile auch viele evangelische Gemeinden beteiligen, stand in diesem Jahr unter dem Motto „Klopft an Türen, pocht auf Rechte!“

Sylvia Bretschneider lobte die Kinder für ihr Engagement. „Auch ihr habt euch mit eurer Teilnahme an der Sternsinger-Aktion dafür eingesetzt, dass Erwachsene und Politiker eure Rechte und die der Kinder in aller Welt schützen“, sagte sie. Lob gab es auch von Norbert Werbs, Weihbischof der Katholischen Kirche, und Andreas von Maltzahn, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche. Beide waren wie in den Vorjahren extra zum Sternsinger-Empfang ins Schloss gekommen und dankten dem Landtag, der mit einer eigenen Veranstaltung den Einsatz für Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe würdigte.

Im Anschluss an den Plenarsaalbesuch begeisterten der europaweit bekannte Puppenspieler Pierre Schäfer und seine Kollegin Veronika Thieme die jungen wie die älteren Zuschauer mit einer phantasievollen und witzigen Version des Märchens „Die Prinzessin auf der Erbse“.

Nach einem Mittagessen im Schlosscafé und der Besichtigung der herzoglichen Wohn- und Festräume ging es dann zurück nach Hause – wo es bestimmt viel zu erzählen gab von einem aufregenden und interessanten Tag im Schweriner Schloss.



(Adressfeld für Abonnenten)

Am 8. Dezember 2011 empfing die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, den Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, S. E. Simon McDonald, im Schweriner Schloss. Der Diplomat informierte sich unter anderem über die wirtschaftliche und politische Lage in Mecklenburg-Vorpommern, die Nutzung des Schweriner Schlosses sowie die bilateralen Beziehungen Mecklenburg-Vorpommerns zum Nachbarland Polen. Diskutiert wurden darüber hinaus auch die aktuellen Entwicklungen zum Thema Euro, die – trotz britischen Pfunds – auch in Großbritannien von großem Interesse sind. Abgerundet wurde der Besuch durch eine Besichtigung sowohl musealer als auch parlamentarischer Räume.



Der Erlös des diesjährigen Weihnachtsfestes des Landtages in Höhe von 1874,91 Euro wird der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin gespendet. Anfang Dezember war dort eingebrochen und erheblicher Sachschaden verursacht worden. Seit den 1960er-Jahren wird in der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin des Schicksals derer gedacht, die am Ende des 2. Weltkrieges in dem Konzentrationslager nahe der Gemeinde umgekommen sind. Insbesondere bei vielfältigen Jugendprojekten beschäftigen sich Schülerinnen und Schüler mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und ihrer eigenen Verantwortung für eine demokratische, tolerante und weltoffene Gesellschaft. (Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und der Schweriner Gospelchor auf der Weihnachtsfestbühne im Schloss-Innenhof)



MV Helau, MV Helau, MV Helau – so hieß es bereits zum vierten Male im Landtag. Nein, im Parlament waren nicht die Narren los. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte Prinzessinnen und Prinzen aus Karnevalsvereinen des ganzen Landes ins Schweriner Schloss eingeladen, um sich bei den Aktiven für ihr ehrenamtliches Engagement und für die tolle Jugendarbeit zu bedanken. „Insbesondere Kinder und Jugendliche lernen auf diese Weise zivilgesellschaftliches Handeln. Durch das Mitwirken in einem Verein erfahren sie den verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Umwelt, mit ihren Mitmenschen. Sie lernen Demokratie. Und in einem Karnevalsverein tun sie es noch mit einer extra Portion Spaß!“, so Sylvia Bretschneider.

Unmittelbar vor Weihnachten wurden die Laternen in der Lennéstraße am Schweriner Schloss und auf der Stadtbrücke wieder in Betrieb genommen. Der Neubau der Beleuchtung war aus statischen Gründen und auch zum Zweck der Neuinstallation der Elektroanlage erforderlich geworden. Die in den Kandelabern eingebauten LED-Leuchtkörper sind im Farbton und in der Leuchtstärke auf die Schlossbeleuchtung abgestimmt. Die Form der Leuchtkörper ist dabei dem historischen Vorbild, sogenannten Gasstrümpfen, nachempfunden. Mit dem Abschluss der Arbeiten ist ein zweiter Bauabschnitt des Gesamtprojektes „Anstrahlung Schloss Schwerin“ fertiggestellt.

